

# NEUES MARBURG

Zeitung der PDS Marburg-Biedenkopf und der PDS-Hochschulgruppe

Nr. 3 · Dezember 1999

<b>Schwimmbad oder Behringtunnel?</b>	<b>Seite 4</b>
Die CDU und OB Möller wollen kein neues Hallenbad	
<b>Scheingefechte ums Feeser-Gelände</b>	<b>Seite 5</b>
PDS fordert Nutzung für gemeinnützige Zwecke	
<b>UNO-Militäreinsätze – niemals?</b>	<b>Seite 6</b>
PDS-Streit über Friedenspolitik	
<b>Teure Meinungsfreiheit</b>	<b>Seite 9</b>
Ehemalige Vorsitzende sollen für AStA-Äußerungen haften	

## Stadtwerke vor dem Aus?

Fahrpreiserhöhungen und Umwandlung in GmbHs lösen keine Probleme

Endlich hat die SPD was Positives zu vermelden „Strom billiger! Auch Marburger Stadtwerke senken die Preise“ prangt auf dem Informationsblättchen der Marburger SPD „Wir tun was“. Über die Pferdefüße dieser auf den ersten Blick erfreulichen Entwicklung erfährt man nichts und über Hintergründe nur soviel, dass sie „auch eine Reaktion auf die marktschreierischen ‘Billiganbieter’“ sei.

Das „Verdienst“ der SPD liegt allenfalls darin, dass sie wie CDU, FDP und Grüne darauf aus ist, marktwirtschaftliche Prinzipien in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Folge dieser Politik sind „Billiganbieter“, deren Bedingungen sich auch die Stadtwerke bei Strafe des Untergangs zu beugen haben. Die Privatisierung von Post und Bundesbahn hätte eigentlich Warnung genug sein müssen.

Jetzt steht die „Liberalisierung“ der Strommärkte auf dem Programm. Und selbst der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss bei einer neuen Konzessionsvergabe EU-weit ausgeschrieben werden.

Die Stadtwerke hätten auch in der Vergangenheit ihre Leistungen billiger anbieten können. Aber die Preise bei Strom, Gas und Wasser wurden aus gutem Grunde hochgehalten, um den defizitären ÖPNV zu subventionieren. Er erfordert allein in diesem Jahr einen Zuschuss von 9 Mio. DM, was immerhin 117 DM pro EinwohnerIn ausmacht. Hier den Rotstift anzusetzen wäre aber unsozial, weil viele Menschen – vor allem



Kemper/Schäfer

Kommt beim städtischen ÖPNV bald die private Konkurrenz zum Zuge?

Kinder, Alte und Behinderte – über keinen PKW verfügen. Beim ÖPNV müsste sogar mehr investiert werden, um ein Verkehrschaos durch den weiter wachsenden PKW-Verkehr zu vermeiden. Nur so lassen sich die Subventionen für den Autoverkehr – die Kosten für ökologischen Schäden und Straßenbau – verringern.

Die Marktöffnung in diesem Bereich wird auch für die Stadtwerke Konsequenzen haben. Aber wenn man nur ansatzweise an den o.g. Zielen festhält, wird es – das zeigt die Erfahrung anderer Städte – nicht möglich sein, das Defizit auf Null zu senken. Die Fahrpreise werden steigen, was zu einem Rückgang der NutzerInnenzahlen führen kann. Bereits jetzt wird hinter verschlossenen Türen darüber diskutiert, Buslinien einzustellen, die wenig lukrativ sind. Neue FahrerInnen werden heute nied-

riger entlohnt als ihre KollegInnen. Will man nicht riskieren, dass die Konkurrenz zum Zuge kommt, heißt das Lohnsenkung für alle, Verdichtung der Arbeit, Personalabbau, auch wenn OB Möller und die Fraktionschefs von Grünen und SPD heute das Gegenteil versprechen. Die Stundenlöhne beim wichtigsten Mitbewerber, der ehemals Bundesbahn-eigenen RKH, liegen bereits jetzt unter denen der Stadtwerke, ganz zu schweigen von den Hungerlöhnen, die bei den kleinen Busbetreibern bezahlt werden. Dass dies ungerecht ist, wie SPD-Fraktionschef Schürens moniert, ist richtig. Wie er es allerdings schaffen will, die Löhne der anderen auf das Niveau der Stadtwerke zu erhöhen, bleibt sein Geheimnis und dient wohl dazu, den Beschäftigten Sand in die Augen zu streuen.

Fortsetzung Seite 3

## : Möllers Fortschritt

„Alle wollen sparen, weil wir es müssen“, lautete das Credo OB Möllers bei der Einbringung des Haushaltes. Die Ebbe in den Kas sen scheint für ihn ein Naturgesetz zu sein. Die „Spar“beschlüsse Berlins und Wiesbadens sind zwar unangenehm für Marburg und bescheiden der Stadt mehr SozialhilfeempfängerInnen, aber grundsätzlich gehen sie in Ordnung. Es komme aber darauf an, das „Sparen“ besser zu verkaufen. Das klingt dann so: „Den Fortschritt halten wir nicht auf, aber wir können ihn gestalten.“

Was da als Fortschritt daherkommt, ist nicht etwa der Globalisierung geschuldet, sondern von Menschen gemacht, die der CDU Möllers, der SPD und den Grünen angehören. Würden heute noch die Steuergesetze von 1980 gelten, wären 100 Mrd. DM an Unternehmenssteuern mehr im Bundesetat.

Fortschritt scheint für Möller zu sein, dass immer mehr Lebensbereiche Marktbedingungen unterworfen werden. Auf die Stromliberalisierung wird die beim Wasser und beim ÖPNV folgen. Erneuerbare Energien bleiben ebenso wie manche Buslinien auf der Strecke. Die ökologischen Kosten wird die Allgemeinheit tragen.

Auch wenn Möller betont, dass dabei „wichtige soziale Grundlagen“ bewahrt werden sollen, ist bereits jetzt klar, dass dieser Fortschritt ohne Personal- und Lohnabbau nicht zu haben sein wird. Ein weiterer „Rückzug der öffentlichen Hand“ wird von Möller anvisiert. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann staateigene Firmen vermarktet werden sollen.

Nächstes Jahr macht der Fortschritt noch einen kleinen Bogen um Marburg, weil ausnahmsweise die Einnahmen reichlicher als im letzten Jahr sprudeln. Jedoch steht laut Möller die „Konsolidierung der freiwilligen Leistungen“ an. Im Klartext sind das Kürzungen im sozialen Bereich, bei Kindergärten und beim Hallenbad.

Wer für den „Rückzug der öffentlichen Hand“ plädiert, sollte konsequent sein. Warum finanzieren die neuen Centren ihre Autobahnanschlüsse nicht selbst und die Behring-Werke ihren Behring-Tunnel. Wäre das nicht Fortschritt?

Nico Biver

## ZwangsarbeiterInnen sofort entschädigen!

Deutsche Konzerne wollen sich weiterhin aus ihrer Verantwortung stehlen

Während des Zweiten Weltkriegs wurden insgesamt rund 25 Millionen Menschen aus von Deutschland besetzten Ländern gezwungen, in deutschen Unternehmen gegen geringe oder völlig ohne Bezahlung, meist unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit zu leisten. 12 Millionen mussten direkt in

Deutschland, 13 Millionen bei deutschen Unternehmen im Ausland arbeiten. Viele wurden in Konzentrationslagern gequält.

Sechzehn dieser Unternehmen haben sich in der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zusammengeschlossen, die sich an einem Fonds zur Entschädigung ehemaliger

Zwangsarbeiter beteiligen. Zwanzig weitere Unternehmen haben ihre Bereitschaft zur Beteiligung an der Stiftung signalisiert. Unternehmen wie Bahn und Post aber, die von der Bundesregierung zur Beteiligung aufgefordert wurden, lehnen bislang eine juristische Verpflichtung ab.

Fortsetzung Seite 2

# Marburg sozial?

## Stadtverordnete debattierten über Sozialpolitik

**Mit sanfter Unerbittlichkeit stellte Dekanin Helga Bundesmann-Lotz ihre Fragen an die ParteivertreterInnen im Marburger Stadtparlament. Zum Abschluss der Ausstellung „Der Riss“ – Karikaturen zur sozialen Lage '99 traf man sich am 31. Oktober im Rathaus zur Podiumsdiskussion, um den Stellenwert von kommunaler Sozialpolitik zu erörtern und einige Zukunftsskizzen zu entwerfen.**

Zunächst hatte Stadträtin Kober das Wort. Gnadenlos schickte sie Zahlenkolonnen über die Köpfe der knapp 40 Anwesenden, sprach von Mitteln und Mittelchen, Töpfen und Töpfchen. Unterm Strich kam dabei heraus: Durch den Sozialabbau auf Landesebene wachsen den Kommunen neue Auf- und Ausgaben zu, die immer schwieriger zu bewältigen sind. Sie legte sich aber fest: Auf keinen Fall dürften Kürzungen vorgenommen werden bei den freien Trägern. Neue vertragliche Vereinbarungen sollten Verteilung und Umgang mit Geldern transparenter machen. Ob sich hinter dieser Absicht nicht doch Kürzungs- und Kontrollwünsche verbergen, wird die ausgreifende Diskussion über Ziele der Sozialpolitik in Marburg erweisen, die sie vorschlug. Das Einbeziehen der BürgerInnen ist allemal besser als das Verordnen von Sachzwängen und Kürzungen.

Dieses Diskussionsangebot griff Kollege Abt, Verbindungsmann zwi-

schen evangelischer Kirche und Arbeitswelt, auf. Er markierte als Maßstab für gesellschaftliches Handeln die Stellung von Armen und Benachteiligten. Gegenwärtig laufe ein sich vertiefender Riss zwischen Gewinnern



PodiumsteilnehmerInnen: Gottschlich, Köster, Rath, Bundesmann-Lotz, Kober, Severin

und Verlieren. Die Starken werden gestützt, die Schwachen bleiben außen vor. Damit könne sich die Kirche nicht abfinden.

Als erster in der Riege der Abgeordneten knüpfte Henning Köster von der Marburger Linken/PDS am Postulat einer moralisch verpflichteten Sozialpolitik an. Seine These: Durch die gegenwärtigen politischen Schwerpunktsetzungen nach neoliberalen Muster macht der Staat sich

selbst arm. Auf den verschiedensten Ebenen des Haushalts könnte mehr Geld locker gemacht werden. Etwas zu kurz gesprochenen war dann sein Hinweis auf überflüssige Portoausgaben. Immerhin sprach er auch davon, Maßnahmen im Straßenbau zu überprüfen, also kommunalpolitisch andere Akzente zu setzen.

Schon befürchtete Frau Gottschlich von der CDU eine Konfrontation gegen Reiche, forderte eine „bessere soziale Kultur“, behielt aber

für sich, wie diese bei dem Abbau im sozialen Bereich zu erringen sei. Ihre deutlichste Aussage: Die freiwilligen Leistungen der Stadt seien zu hoch, aber der Sozialdienst katholischer Frauen könnte schon etwas mehr Geld vertragen. Wonach sie dann in die Höhen der Bundespolitik entschwebte und sich dort verlor.

Auf ganz vorsichtigen Pfötchen kam die Grünen-Vertreterin Rath daher. Die „soziale Grundversorgung“

müsse gewährleistet werden. Aber wie wird die definiert? Was die Zuschüsse an freie Träger anbelangt, plädierte sie für zeitlich befristete Projekte und eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Trägern vor. Überhaupt stellt sie sich mehr ehrenamtliches Engagement vor. Ehrenamt klingt immer gut, weil das kostet nichts. Auch eine schöne Zukunft: Sozialpolitik in Marburg als Weihnachtsbasar.

Last but not least der SPD-Stadtverordnete Severin. Er scharfte schon mit den Hufen und legte denn auch gleich los. Auch er konnte sich eine bundespolitische Philippika nicht verkneifen: 16 Jahre Kohl-Regierung und so weiter. Immerhin sprach er Zusammenhänge aus, die in der Regierung schon als unanständig gelten: Bei der Sozialpolitik gehe es um einen gesellschaftlichen Verteilungskampf. Fragen wie die Vermögenssteuer müssten auch in den Kommunen diskutiert werden, denn sie müssten den Mangel in den öffentlichen Haushalten ausbaden. Gleichwohl forderte er, dass in Marburg eine Debatte entfacht wird um die Pole: Wollen wir eine autogerechte oder eine „sozial und kulturell urbane Stadt“? Einige Essentials nannte er: Integration sozial und kulturell ausgegrenzter, Anerkennung von freiwilligen Leistungen als ganz normale kommunale Pflichtleistungen, nicht nur soziale Grundleistung, sondern auch Prophylaxe, soziale Verkehrstarife, um die Mobilität von Menschen in den Stadtteilen zu erhalten. Alles in allem ganz bedenkenswerte Vorschläge. Kann es sein, dass sozialdemokratische Politiker dann ganz gut sind, wenn sie – zumindest ein bisschen – Opposition machen?

Renate Bastian

Fortsetzung von Seite 1

## ZwangsarbeiterInnen sofort entschädigen!

### Deutsche Konzerne wollen sich weiterhin aus ihrer Verantwortung stehlen

Ursprünglich hätte ein deutsches Angebot für die ehemaligen Zwangsarbeiter, die noch nie eine Entschädigung bekommen haben, zum 1. September 1999, dem 60. Jahrestag des Kriegsausbruchs, vorliegen, die ersten Auszahlungen noch in diesem Jahr erfolgen sollen. Das wird nicht mehr der Fall sein. Mitte 2000 wird jetzt als frühester Termin genannt.

Die deutschen Unternehmen verhielten sich bei den Entschädigungen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zunächst ablehnend. Das änderte sich erst, als in den USA Sammelklagen gegen einzelne Unternehmen erhoben wurden. „Wenn DaimlerChrysler oder die Deutsche Bank nicht so große finanzielle Interessen am amerikanischen Markt hätten, dann würden die keinen Pfennig bezahlen“, lautet die nüchterne Einschätzung von Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag.

Die amerikanischen Anwälte vertreten nach eigenen Angaben gut 2,3 Millionen Anspruchsberechtigte. Dazu zählen auch die Opfer von Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen sowie die Hinterbliebenen in Heimen gestorbener Zwangsarbeiter. Von den ehemaligen Zwangsarbeitern, die in deutschen Unternehmen arbeiteten, leben nur noch 10 bis 15 Prozent. Täglich sterben Hunderte von ihnen.

Die Anwälte forderten bis zu 36 Milliarden Mark. Am Donnerstag, dem 7. Oktober 1999, kam nun das bundesdeutsche Angebot: sechs Milliarden Mark, von dem der amerikanische Anwalt der Zwangsarbeiter Mel Weiss, sagt, es habe „der deutschen Regierung und dem deutschen Volk mehr Schaden zugefügt, als sie sich je vorstellen können.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnete die deutsche Offerte als würdiges Angebot. Die Vertreter der

Opfer haben das Angebot als inakzeptabel abgelehnt.

Das gilt auch für die Erhöhung der angebotenen Summe auf acht Millionen Mark anlässlich der Verhandlungen mit den OpfervertreterInnen von Mitte November. Davon kämen drei Milliarden von der Bundesregierung und fünf Milliarden von der Industrie, die rund die Hälfte von der Steuer als Betriebsausgaben absetzen kann. Letztlich bedeutet das Angebot also: Die Industrie, die dank der Zwangsarbeiter hohe Profite einfuhr, zahlt nur zweieinhalb Milliarden, der Steuerzahler fünfeneinhalb Milliarden.

Als indirekte Hilfe für die deutsche Industrie wirken sich die Ratschläge einer Konferenz von 50 Historikern aus, die zum Teil auf den Honorarlisten der betroffenen Konzerne stehen. Sie schlugen vor, dass ZwangsarbeiterInnen aus KZs, Ghettos und Arbeitserziehungslagern 10.000 DM Entschädigung erhalten

sollen, und Deportierte im industriellen Einsatz (sog. Ostarbeiter vor allem aus der Sowjetunion und Polen) 3.500 DM. Angehörige anderer Gruppen, etwa die Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft, sollen nicht entschädigt werden. Bei der Suche nach einem Kriterium für die Entschädigung war „die Schwere der Erfahrungen und die Drohung, zu Tode zu kommen“ in den Vordergrund gestellt worden, nicht aber der Leitgedanke, vorenthaltenen Lohn zu kompensieren. Das erweist sich für die Industrie als höchst nützlich. Denn vor Gericht lässt sich das Ausmaß an Erfahrungen weit ungenauer nachweisen als entgangener Lohn. Würden alle Zwangsarbeiter und ihre Erben den nicht bezahlten Lohn mit Zins und Zinseszins einklagen, dann ergäben sich dreistellige Milliardenbeträge.

Noch immer gilt für Täter und Opfer der NS-Zeit zweierlei Maß. Über Jahrzehnte zahlte der deutsche Staat, so Ignatz Bubis, „stattliche Renten an Waffen-SS-Angehörige und freiwillige KZ-Bewacher“. Hunderttausende Menschen, die mörderische Sklaverei erlitten haben, müssen 54 Jahre nach ihrer Befreiung noch immer auf Entschädigung warten.



Fortsetzung von Seite 1

# Stadtwerke vor dem Aus?

## Fahrpreiserhöhungen und Umwandlung in GmbHs lösen keine Probleme

Die Liberalisierung der Strompreise war Anlass dafür, dass die Marburger Magistratsparteien sich endlich Gedanken darüber machen, wie die Stadtwerke in diesem neuen Umfeld überleben können. Die entsprechende EU-Richtlinie, die von allen Regierungen absegnet wurde, stammt bereits von 1996 und wurde im April 1998 in der Bundesrepublik in einer besonders neoliberalen Variante umgesetzt. Die EU-weite Konkurrenz auf den Strommärkten zwingt die Stromversorger, möglichst billig anzubieten.

Die Stadtwerke sind der Konkurrenz durch die vier großen Strommonopole fast hilflos ausgeliefert. Ökologisch sinnvolle Maßnahmen wie die Förderung der Stromeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung und die Subventionierung des ÖPNV treiben die Kosten hoch und stehen damit zur Disposition. Wer Energie spart oder auf Ökostrom umsteigt, wird von den Stadtwerken mit höheren Preisen bestraft. Der Druck auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen wird enorm wachsen, zumal bald auch bei Gas und Wasser die europaweite Konkurrenz lauert wird.

Abhilfe könnte eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes bringen mit einem System von Abgaben und Boni zur Verteuerung umweltschädlicher Energien sowie zur Förderung der Stromeinsparung. Sinnvoll wäre auch ein hessisches Vergabegesetz für den ÖPNV, das nicht nur dem kostengünstigsten Angebot den Vorzug geben, sondern auch soziale und ökologische Kriterien bei der Gewährung von Konzessionen an Busunternehmen vorschreiben würde.

Da aber die Berliner Koalition sich hier nicht rühren will, mühen sich jetzt ihre Marburger Ableger inklusive CDU und Bürger für Marburg, die Stadtwerke „fit für den Wettbewerb zu machen“. Die einzelnen Sparten der Stadtwerke sollen in stadteigene GmbHs umgewandelt werden und später mit der GeWoBau, dem Betriebsamt und eventuell der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) unter dem Dach einer Holding zusammengefasst werden.

Zur Begründung wird frech behauptet, dass eine solche Holding flexibel auf den Markt reagieren könnte. Dabei sind auch heute schon die Stadtwerke als Eigenbetrieb gehalten, betriebswirtschaftlich zu arbeiten. Dass das Stadtparlament bei Preisveränderungen zustimmen muss, ist ein verkraftbarer Mangel an Flexibilität, zumal dieser Prozess beschleunigt werden kann. Was die angebliebenen steuerlichen Vorteile der GmbH-Lösung angeht, scheinen sich die Ver-

antwortlichen selbst nicht sicher zu sein, sonst würden sie nicht Wirtschaftsberater einschalten wollen, um dies zu überprüfen.

Auf den ersten Blick spricht nur eine Tatsache für die Umwandlung in GmbHs. Künftig soll es nicht mehr möglich sein, dass Sparten von kommunalen Eigenbetrieben, die Defizite einfahren, durch gewinnbringende Betriebsteile querfinanziert werden. Diese Vorgehensweise wurde von den Marktfanatikern offensichtlich mit der Absicht gewählt, die Stadtwerke zu zerschlagen. Bei der privaten Konkurrenz ist Querfinanzierung erlaubt. Aber selbst wenn man im vorausseilenden Gehorsam diese Bestimmung, für die es noch kein bundesdeutsches Gesetz gibt, berücksichtigt, spricht wenig für die Umwandlung in GmbHs. Denn gerade durch die Unterwerfung aller Dienstleistungen der Stadtwerke unter die Marktgesetze, werden die Gewinne gegen Null tendieren und nichts zum Quer-

finanzieren des ÖPNV übrig bleiben. Außerdem werden die GmbHs ihre liebe Mühe haben, noch genügend Geld zur Förderung des Energie-sparens, der regenerierbaren Energien und zur Sanierung des maroden Wassernetzes zur Verfügung zu stellen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die GmbHs keine Gewinne sondern Verluste einfahren. Und eines könnte ihnen dann widerfahren, was bei den Stadtwerken heute nicht möglich ist: pleite zu machen.

Während kaum etwas für die Bildung von GmbHs spricht, gibt es gewichtige Gründe, die eine Rettung der Stadtwerke erforderlich machen. Erfahrungen mit der Bildung von GmbHs haben ergeben, dass dabei die Löhne im Durchschnitt um ein Drittel sinken und 30-50 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut werden. Es ist auch wichtig zu verhindern, dass

**PDS** Marburger Linke  
im Parlament

ein weiterer wirtschaftlicher Bereich der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen und die Gemeinwohlorientierung gefährdet wird. Die Stadt könnte nur noch auf die groben Linien der Geschäftspolitik Einfluss nehmen.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass es nicht bei der Umwandlung in GmbHs bleibt, sondern die Stadtwerke „fit gemacht“ werden für den Verkauf an Private, was bei städtischen Eigenbetrieben nicht möglich ist. Das nächste Haushaltsloch oder der Behring-Tunnel könnten dafür ins Feld geführt werden. Dann wird man den Beschäftigten und den KundInnen erklären, dass es auch keinen Unterschied mehr macht, ob die GmbH öffentlich oder privat ist.

Unabhängig von der Zukunft der Stadtwerke muss sich die Stadt damit abfinden, dass der ÖPNV künftig aus der Stadtkasse alimentiert wird. Wie das gelingen kann, darüber sollte sich die Politik Gedanken machen. Die PDS/Marburger Linke hatte bereits in ihrem Wahlprogramm eine Nahverkehrsabgabe vorgeschlagen. Angesichts sinkender Strompreise wäre sie den Unternehmen und den besserverdienenden BürgerInnen zuzumuten. **Henning Köster**



Reiner Schiller

## Busfahren für Kinder wird teurer

### SPD und Grüne sparen bei Schülerjahreskarten und Kindergruppen

**„Die Marburger SPD fördert den Umstieg auf den ÖPNV“ und „Die Marburger Bustrife bleiben niedrig“ heißt es im SPD-Kommunalwahlprogramm '97. Jetzt zeichnet sich ab, dass diese Versprechen bald das Papier nicht mehr wert sind, auf dem sie stehen.**

Die Stadtwerke und mit ihnen die Magistratsparteien haben durch die Zustimmung zum Abbau von städtischen Zuschüssen zur Schülerjahreskarte sowie zur Einschränkung der kostenlosen Mitnahmemöglichkeiten für noch nicht schulpflichtige Kinder den Weg von zunächst noch verdeckten Tarifierhöhungen beschritten.

Während in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen eine Er-

höhung der Parkgebühren zur Finanzierung des ÖPNV „angestrebt“ wird und etwa der frisch gebackene Landtagsabgeordnete Thomas Spieß kürzlich in einer Diskussion mit VertreterInnen des Kinder- und Jugendparlaments mit der Notwendigkeit einer Nahverkehrsabgabe, ja sogar dem generellen Nulltarif für die Marburger Stadtbusse kokettierte, handelt die Koalition im grauen parlamentarischen Alltag in die entgegengesetzte Richtung. Dort hält einzig die Fraktion der PDS/Marburger Linke dagegen.

#### Schülerjahreskarte

Kurz nach den Sommerferien hat die PDS/Marburger Linke erfahren und öffentlich gemacht, dass der Magistrat bereits im Frühsommer einstimmig beschlossen hatte, die Schüler-

jahreskarte in der Ferienzeit nicht mehr gelten zu lassen. 110.000 DM sollten auf Kosten der jüngeren KundInnen des ÖPNV bzw. deren Eltern und einer ökologisch orientierten Verkehrspolitik eingespart werden. Ein Dringlichkeitsantrag der PDS/Marburger Linke, diese Kürzung zurückzunehmen, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Stattdessen warteten die Grünen nach Vorabsprache mit der SPD mit einem Alternativantrag mit dem finanziell nichtssagenden Tenor auf, es solle „unverzüglich eine Konzeption zur Förderung und Steigerung der Attraktivität der ÖPNV-Benutzung der Schüler und Schülerinnen in den Ferien vorgelegt werden“.

Dazu erklärte der verkehrspolitische Sprecher der PDS/Marburger

Fortsetzung nächste Seite

# Schwimmbad oder Behringtunnel?

Die CDU und OB Möller wollen auf ein neues Hallenbad verzichten

## Möllers Hallenbad



Alexandra Smith

Mit dem Bau des neuen Freibades wird garantiert im Herbst begonnen“, verkündete der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Schüren im August dieses Jahres. Bürgermeister Egon Vaupel verspricht jetzt, dass das kombinierte Hallen- und Sommerbad am Trojedamm im Februar 2000 in Angriff genommen wird. Ob dann der erste Spatenstich tatsächlich erfolgen wird, ist angesichts der bisherigen Erfahrungen weiterhin fraglich. Immerhin versprechen die Verantwortlichen schon seit der Schließung des Luisabades am Rudolphsplatz im Jahre 1992, dass sie für Ersatz sorgen werden.

Die Hoffnung, dass noch vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 2001 die Bagger anrücken, ist dennoch berechtigt. Laut Umfragen des Instituts für Politikwissenschaften ist das Schwimmbad für die MarburgerInnen das wichtigste Bauvorhaben. Wer hier seine Wahlversprechen bricht, wird beim nächsten Urnengang schlechte Karten haben.

Dass das Thema viele bewegt, macht auch eine neue Initiative deut-

lich, die den Erhalt eines 50-m-Bekens fordert. Bei den geplanten 25-m-Becken hätten vor allem die Sportschwimmer das Nachsehen. Die Forderung stößt zwar allseits auf Verständnis, wird aber, außer bei der PDS/Marburger Linke, aus Kosten- oder Platzgründen abgelehnt.

Angeblich kämen Zusatzkosten von 3 Mio. DM auf die Stadt zu, bei einer Investitionssumme von insgesamt 25 Mio. DM. Einmal mehr soll die desolote Haushaltslage, die bereits dieses Jahr für die Verschiebung des Baubeginns verantwortlich gemacht wird, dafür herhalten, dass eine berechtigte Forderung nicht verwirklicht wird.

Oberbürgermeister Dietrich Möller und seine CDU wollen auf den Bau des Kombibades verzichten und zu einem Drittel der Kosten, die er auf 30 Mio. beziffert, lediglich das Sommerbad sanieren. Eines der vorhandenen Becken solle durch ein Dach „wetterfest“ gemacht werden. Diesen Verzicht auf einen neuen Hallenbad will Möller gar als Volkes Wille verkaufen: „Damit wären alle dieje-

nigen zufriedengestellt, die für das 50-Meter-Becken kämpfen.“

Dabei dürfte Möller weniger die Sorge um die Finanzen der Stadt umtreiben als vielmehr die Frage, welche Investitionsvorhaben Priorität erhalten. Falls das Schwimmbad gebaut wird, kann er sich sein Lieblingsprojekt, den Behring-Tunnel, für Jahre aus dem Kopf schlagen.

Um das Schwimmbad zu finanzieren, wollen die Grünen die städtischen Wohnungen an die GeWoBau verkaufen. Immerhin gehört dieses Unternehmen der Stadt, zumindest solange wie nicht ein Haushaltsloch für seine Privatisierung erhalten muss.

Angesichts der Strangulierung der Kommunen durch Bund und Land ist auch von dem Versprechen, das neue

„Erlebnis- und Freizeitbad“ werde familienfreundliche Preise haben, das Politiker von Grün bis CDU gegeben haben, wenig zu halten. Auf diesen Punkt will die Fraktion der PDS/Marburger Linke besonders achten. Ihr Stadtverordneter Henning Köster hat sich deshalb gegen ein „Luxusbad“ ausgesprochen. Er sieht im Schwimmbad ein Freizeitvergnügen vor allem für Kinder aus Familien, die es sich im Sommer nicht leisten können, in Urlaub zu fahren. Auch unter den heutigen Bedingungen sei dies zu finanzieren. „Zugunsten der Investoren am Biegeneck, Schlachthofgelände und Erlernring sind Millionen für Subventionen und Infrastrukturmaßnahmen verplempert worden. Allein die Umgestaltung der Autobahnanbindung am völlig überflüssigen Erlerningcenter hat die Stadt über 6 Mio. DM gekostet. Wenn hier die Politik umsteuert, kann Schwimmen in Marburg weiterhin ein Volksvergnügen bleiben.“

Nico Biver

Fortsetzung von Seite 3

## Busfahren für Kinder wird teurer

SPD und Grüne sparen bei Schülerjahreskarten und Kindergruppen

Linke im Stadtparlament: „Das kann im Zweifelsfall nicht mehr bedeuten als in der Ferienzeit bunte Fähnchen in den Bussen anzubringen und fordert eben nicht, die Tarifierhöhung zurückzunehmen.“

Sinnvoll hingegen erscheint die von Frau Lassmann von den Grünen ins Spiel gebrachte Überlegung, in ein neues Konzept alle Schüler einzubeziehen und nicht nur diejenigen, die Anspruch auf eine kostenlose Schulzeitkarte haben.

Für die PDS/Marburger Linke ist wesentlich, dass für eine Subventionierung einer solchen Ferienkarte die bisherigen 110.000 DM in vollen Umfang weiter zur Verfügung stehen. Aber darauf will sich die Koalition nicht einlassen.

Inzwischen haben auch das Kinder- und Jugendparlament, der Eltern-Arbeitskreis Kind und Verkehr, ja sogar die Junge Union die Zurücknahme der Streichung der kostenlosen Schülerbeförderung in den Ferien gefordert. Erfolgt aber ist bisher nichts. Deshalb hat die PDS/Marburger Linke ihren im Oktober zurückgestellten Antrag für November wieder auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gebracht.

### Tiere willkommen, Kinder nicht?

Hunde können Erwachsene weiterhin in unbegrenzter Zahl in den Stadtbussen unentgeltlich mit sich führen, nicht aber Kinder. Das ist eine den neuesten Tarifbestimmungen zu entnehmende Konsequenz einer eher beiläufigen Mitteilung der Stadtwerke von Ende Oktober. Dort heißt es laut Oberhessischer Presse, dass Kindergruppen von vier oder mehr Kindern künftig Fahrkarten zu lösen hätten. Für eine pädagogisch betreute Grup-

pe von 18 Kindern würde dies eine Kostensteigerung von 0 auf 17,40 DM bedeuten.

Ein Dringlichkeitsantrag der PDS/Marburger Linke, diese Maßnahme zurückzunehmen, kam nicht auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. SPD-Fraktionschef Schüren, der gegen die Dringlichkeit argumentiert hatte, ließ durchblicken, dass hinter verschlossenen Türen ganz andere Grausamkeiten diskutiert werden. Angeblich fehlt, wie er vieldeutig ausführte, ÖTV-Kollegen bei den Stadtwerken das Verständnis dafür, dass nicht generell die Tarife erhöht würden, um ihr Gehaltsniveau zu halten bzw. die unteren Lohngruppen anzuleichen.

Die PDS/Marburger Linke ist natürlich die Letzte, die Lohndumping bei den Stadtwerken gutheißt. Aber das lässt sich nicht gegen die Notwendigkeit eines preisgünstigen ÖPNV ausspielen. Das wäre weder sozial noch ökologisch vertretbar.

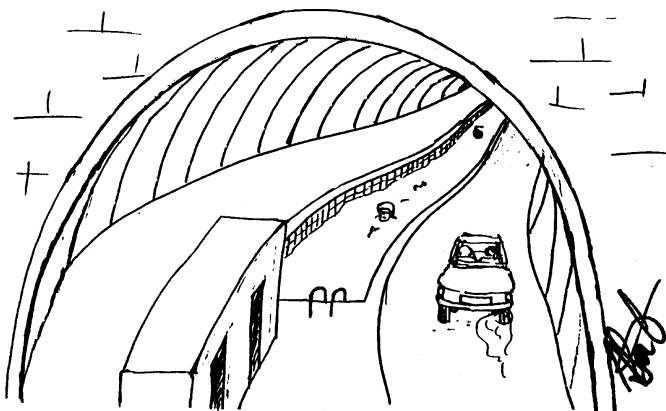
Vielmehr wäre es sogar der direkte Weg in die verkehrspolitische Steinzeit, wenn die Marburger SPD zusammen mit den Grünen die unbestreitbaren Finanzierungsprobleme der Stadtwerke auf dem Rücken der ÖPNV-BenutzerInnen lösen würde.

Sicherlich ist das bequemer als parteiinternen Druck gegen die finanz- und steuerpolitischen Fehlleistungen der Berliner Koalition zu machen, die den Kommunen den Geldhahn abdrehen.

Es bleiben aber noch lokale Handlungsmöglichkeiten, um den Stadtbusverkehr attraktiver zu machen, vorhandene Strecken besser auszulasten und somit kostengünstiger zu arbeiten.

Henning Köster

## Die Alternative: Das Behring-Tunnel-Bad



Der unvermeidliche Verlust an Beckenbreite wird bei diesem Sparkonzept durch eine Länge von 1500 m ausgeglichen.

Alexandra Smith

# Scheingefechte ums Feeser-Gelände

## PDS fordert Verwendung des Feeser-Grundstücks für gemeinnützige Zwecke

In der Sitzung des Stadtparlaments vom 29. Oktober wurde der Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen einen Beschluss der Stadtverordneten vom August (siehe NM 2/1999), in dem der Magistrat aufgefordert wurde, einen veränderten Bebauungsplan für das Feeser-Gelände vorzulegen, zurückgewiesen. Der damalige Antrag wurde mit Stimmen von SPD, Grünen, Bürgern für Marburg und PDS/Marburger Linke bestätigt.

Im Verlauf der Debatte wurde aber deutlich, dass die rot-grüne Koalition lediglich einen faulen Kompromiss mit dem Investor bezweckt. OB Möller hatte seinen Widerspruch u.a. damit begründet, dass eine Änderung des Bebauungsplans zu Schadenersatzansprüchen des Investors und des Grundstückverkäufers führen

würde. Seitens der SPD wurde dem mit dem Hinweis widersprochen, dass die Baupläne des Investors, die dieser auf der Septembersitzung des Bauausschusses präsentiert hatte, mit einer Veränderung des Bebauungsplanes vereinbar seien und somit kein Grund für Schadenersatzansprüche bestehe. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Auseinandersetzung zwischen OB und Koalition um eine Scheindebatte handelt, die lediglich geführt wird, um der Opposition gegen ein neues Center den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die PDS/Marburger Linke, die im August mit Zusatzanträgen, die u.a. den Verzicht auf ein Kaufhaus beinhalteten, gescheitert war, hatte dem Antrag dennoch zugestimmt, weil damit wenigstens eine Änderung des Bebauungsplanes eingefordert wur-

de. Ob bei der Diskussion des Bebauungsplanes der Druck ausreicht, um ein ähnliches Monstrum wie das Erlengring-Center zu verhindern, erscheint angesichts der Haltung von SPD und Grünen fraglich.

Um Nutzungen einen Riegel vorzuschieben, die von den Bürgerinnen nicht gewollt sind, hatte die Mitgliederversammlung des PDS-Kreisverbandes am 12. Oktober die Forderung erhoben, das Feeser-Gelände für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. „Sollte dies in Privatbesitz nicht gewährleistet sein, sollte die Stadt das Gelände durch Kauf oder Tausch erwerben.“

Mit diesem Beschluss wird ausgedrückt, dass endlich ein zentrales Gelände der Stadt nicht den Profitinteressen von Investoren ausgeliefert werde soll. „Um Handlungsspiel-

räume für die Befriedigung sozialer, kultureller und ökologischer Bedürfnisse zu behalten, ist es notwendig, dass die Stadt weiterhin über eigene Flächen im Zentrum der Stadt verfügt.“  
Siggi Becker

### Kommentar

## Die Alternative heißt: „Nicht bauen!“

Spätestens bei der Debatte über den Widerspruch OB Möllers gegen eine anvisierte Änderung des Bebauungsplans für das Feeser-Gelände hätte der Fraktion der PDS/Marburger Linke klar werden müssen, dass es der Koalition lediglich darum geht, den Widerstand gegen ein neues Center einzuschläfern. Den Plänen des Investors, ein neues Center zu bauen, soll der neue Bebauungsplan nicht im Wege stehen.

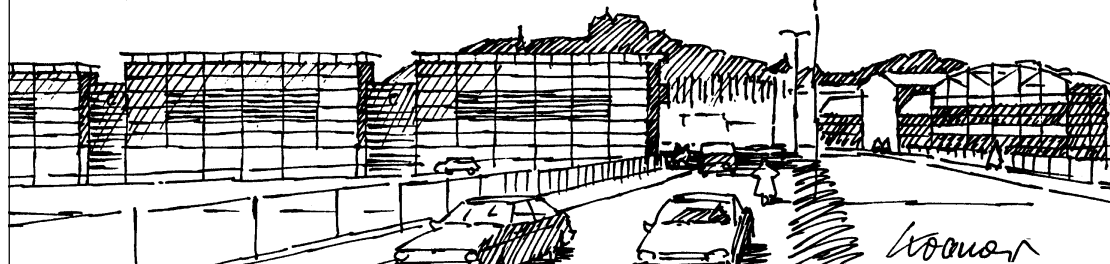
Allein schon um ihren Widerstand dagegen deutlich zu machen, hätte die PDS/Marburger Linke dem Antrag von SPD und Grünen nicht zustimmen dürfen. Zudem wurde während der Debatte nicht deutlich, dass sie überhaupt einen anderen Standpunkt vertritt.

Schon in ihren Änderungsanträgen vom August war ein wesentlicher Unterschied zu den anderen Parteien kaum zu erkennen. Sie machten weder soziale noch ökologische PDS-Positionen deutlich. In technokratischer Weise wird ein Kaufhaus abgelehnt, aber nicht andere profitorientierte, dem Gemeinwohl widersprechende Nutzungen. Die Betonierung wird nicht in Frage gestellt, sondern lediglich die Höhe des Gebäudes und die Anzahl der Parkplätze. Auf das Aufzeigen von Alternativen zur Investorenbebauung wird verzichtet.

Die Versiegelung von Land nimmt immer größere Ausmaße an. Genauso erhöht sich der Materie-Energie-Verbrauch. Um Wachstum zu erreichen, muss das so sein. Diese Entwicklung widerspricht aber den Geboten der Nachhaltigkeit, die zu befolgen notwendig sind, um die Lebensgrundlagen der Spezies Mensch zu erhalten und jedem – auch im Trikont – die gleichen Lebenschancen zu geben.

Wird die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung ernst genommen, muss bei jeder Baumaßnahme gefragt werden, ob sie unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit wirklich gebraucht wird. Wenn – wie im Falle der aktuellen Feeser-Planungen – keine echte Notwendigkeit besteht, sollte man Materie-Energie sparen und Grundstücke entsiegeln und begrünen. Diese Zusammenhänge hätte die PDS/Marburger Linke im Stadtparlament klarmachen sollen.  
Siggi Becker

So könnte das Feeser-Gelände bald aussehen. Entwurf des Architekten Lohmann



Zeichnung: Werner Kramer

## Nachhaltiges Wachstum

**Uwe Witt, Mitarbeiter der umweltpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Eva Bulling-Schröter, hat acht Thesen zum Thema Nachhaltigkeit und Wachstum in der PDS zur Diskussion gestellt.**

1. Nachhaltiges Wachstum oder qualitatives Wachstum im volkswirtschaftlichen Maßstab ist unter der Zielvorgabe, einerseits die ökologischen Gleichgewichtsbedingungen einzuhalten und andererseits jedem Menschen auf dieser Welt das gleiche Recht auf „Umweltraum“ zuzusprechen (Reduktion des Ressourcenverbrauchs vom gegenwärtigen Niveau auf 10 Prozent bis 20 Prozent innerhalb der nächsten 50 Jahre), unmöglich.

2. Wachstum zum Ausgleich des Produktivitätsfortschrittes (kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen) ist selbst unter der konservativen Zielvorgabe, ein weiteres Anwachsen des Umweltverbrauches zu verhindern und die gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Nord und Süd als gegeben zu akzeptieren (Nicht-Nachhaltigkeit und Neokolonialismus bleiben Status quo), nur zeitweise umsetzbar. Schon nach Jahrzehnten

stößt es an die Grenzen der möglichen Entmaterialisierung von Waren und Dienstleistungen sowie der Stoffsubstitution und des sinnvollen Recyclings. Ökosteuer-, Kreislaufwirtschafts- und Umverteilungskonzepte kommen innerhalb von Wachstums-szenarien an diesem Dilemma nicht vorbei.

3. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kapitalistischer Marktwirtschaft ist, mit Ausnahme des Energieverbrauchs in einigen Industriestaaten, überhaupt keine absolute Verminderung des Ressourcenverbrauchs zu erkennen.

4. Nachhaltigkeit verlangt, zumindest in den Industriestaaten, eine Senkung des Sozialproduktes, also der Produktion und des Verbrauchs von Gütern, da ansonsten die unter Fazit Punkt 1 genannten Zielvorgaben nicht zu erreichen sind.

5. Mit Forderungen nach Produktions- und Verbrauchsreduktion wird die Linke nicht nur in starken Konflikt mit den gegenwärtig Herrschenden, sondern auch mit Gewerkschaften, Verbraucherverbänden etc. geraten.

6. Die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Strukturbrüche sind so groß, dass sie nach drastisch

veränderten Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsverhältnissen verlangen. Der linkskeynesianische Ansatz der Mehrzahl der dem gewerkschaftsnahen Spektrum zuzuordnenden Wirtschaftswissenschaftler ist dafür völlig unzureichend. Die Tatsache, dass tatsächliche Alternativen weder politisch noch wissenschaftlich in Sicht sind, darf nicht zu einer Beschränkung auf traditionelle – offensichtlich nicht zukunftsfähige – Politikangebote führen.

7. Die PDS sollte künftig einen positiven Bezug auf Wirtschaftswachstum vermeiden. Die negative Belegung von Begrifflichkeiten wie *Wachstumsschwäche*, *Investitions- oder Akkumulationsschwäche*, die in der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verwendet werden, gehen ebenfalls von einer positiven Wirkung des Wirtschaftswachstums aus. Deshalb sollten sie, wie auch die Formulierungen *Konsumtionsschwäche* und *Stärkung der Nachfrage* u.ä. kritisch auf ihren ökologischen Gehalt untersucht und möglichst nicht verwendet werden.

8. Die Frage der nachhaltigen Entwicklung birgt explosiven politischen Sprengstoff und wäre ein Kristallisationspunkt für linke, ökologische und emanzipatorische antikapitalistische Politik – wenn man sie konsequent stellt.



# UNO-Militäreinsätze – niemals?

An der UNO-Intervention in Osttimor hat sich in der PDS ein Streit über das Verhältnis der PDS zu militärischen Einsätzen der Vereinten Nationen entzündet. Die Mehrheit der PDS-Fraktion hatte eine Resolution der anderen Bundestagsparteien, die den UN-Einsatz begrüßte, befürwortet. Sieben Abgeordnete hatten sich enthalten oder dagegen gestimmt.

Als Konsequenz daraus hatte der Fraktionsvorsitzende Gysi vorgeschlagen, die Haltung der PDS zu militärischen Einsätzen der UNO grundsätzlich zu klären. Die Fraktion empfahl dem PDS-Bundesvorstand, die UN-Charta als Ganzes anzuerkennen, „einschließlich des in Kapitel 7 geregelten Gewaltmonopols des Si-

cherheitsrates“ (siehe Kasten). Der PDS-Vorstand schloss sich am 1. November weitgehend der Linie der Fraktion an, verzichtete aber auf die Forderung nach einer „der UNO unterstellten und jeder nationalen Verfügung entzogenen Polizeitruppe“.

Gegen die neue Position wurde Kritik laut. Die Entwicklung der Grünen vom Pazifismus hin zur Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg hat bei vielen die Sorge verstärkt, dass auch bei der PDS eine ähnlicher Kurswechsel möglich sei.

Dirk Müller von der Informationsstelle Militarisation und Nico Biver vom Regionalbüro der PDS-Bundestagsfraktion argumentieren gegen und für die neue Linie der PDS-Spitze.

## Ein bisschen Militär geht nicht

In Punkt eins ihrer Entschließung list die Bundestagsfraktion strikt gegen internationale Einsätze der Bundeswehr, das begrüßen wir ausdrücklich. In Punkt vier verteidigt die PDS die Charta der UNO, einschließlich des in Kapitel 7 geregelten Gewaltmonopols des UNO-Sicherheitsrates. Damit schließt sie internationale Bundeswehreinsetze und NATO-Einsätze mit ein. Die PDS hat damit zur UNO und zu Militäreinsätzen eine äußerst widersprüchliche Position bezogen.

Die Charta der UNO enthält eine ganze Reihe von Gesetzen, die mit dem Anspruch einer friedlichen, demokratischen und gleichen Welt unvereinbar sind:

1. Ausgerechnet Nuklearmächte haben das Privileg, ständig einen Sitz im Sicherheitsrat zu haben. (Kapitel 5, Artikel 23)

2. Die Wahl der zehn nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates soll sich in erster Linie nach der Höhe ihrer Beiträge richten (Kapitel 5, Artikel 23)

3. Die Hauptverantwortung der UNO liegt einzig und allein beim Sicherheitsrat, also nur bei 15 der über 150 Staaten der Erde (Kapitel 5, Artikel 24)

4. Der Sicherheitsrat allein hat die Definitionsgewalt über das, was ihrer Meinung nach Weltfrieden und internationale Sicherheit ist (Kapitel 7, Artikel 39)

5. Der Sicherheitsrat kann ein totales Handelsembargo verhängen sowie die See-, Luft- und Land-Verbindungen, die Post-, Telefon-, und Funkverbindungen und diplomatischen Beziehungen vollständig unterbrechen. (Kapitel 7, Artikel 41). Die Versorgung der Bevölkerung wird durch solche Maßnahmen in höchstem Maße gefährdet. Diese Maßnahmen sind nicht mit der Pressefreiheit vereinbar.

6. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen sind in der Regel durch Abkommen verpflichtet, zur Durchführung der Maßnahmen des Sicherheitsrates (Krieg) Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. (Kapitel 7, Artikel 43). Das widerspricht dem Anspruch nach allgemeiner Abrüstung und Abbau von Militärstrukturen.

7. Die Maßnahmen des Sicherheitsrates (Krieg) können auch von internationalen Einrichtungen durch-

geführt werden. (Kapitel 7, Artikel 48, Absatz 2). Das schließt die NATO mit ein.

Die UNO hat das gleiche Problem wie die PDS in der Bundesrepublik: Sie existieren auf dem Hintergrund einer vorwiegend kapitalistischen Wirtschaft. Die UNO ist ein Spiegelbild dieser ungerechten Weltordnung. Die Forderung nach einer Reform der UNO ist richtig, entscheidend ist jedoch die Änderung der Weltwirtschaftsordnung hin zur demokratischen Absprache und zur gerechten Verteilung des Produzierten.

Die meisten Kriege werden um geostrategische Interessen und um des Kapitals willen geführt. Ebenso sind die Interventionen der UNO von Interessen der Industriestaaten geprägt. Mit der unreflektierten Übernahme von Begriffen wie Völkermord und Aggressionen wird der Blick weggeleitet von den Ursachen von Kriegen und den Interessen, die hinter Kriegen stehen. Eine gerechte Politik ist mit der derzeitigen UNO eine völlige Illusion.

Mit Militäreinsätzen kann man Kriegsursachen nicht aus der Welt schaffen. Dies ist vergleichbar mit der Behauptung, Kriminalität könnte durch verschärfte Polizeimaßnahmen beseitigt werden.

Gregor Gysi und Lothar Bisky schreiben, dass die PDS innerhalb ihrer europäischen Partner-Parteien mit ihrer militärkritischen Haltung isoliert sei. Es kommt der Verdacht auf, dass parteitaktische Gründe für die jetzt vom Zaun gebrochene Diskussion verantwortlich sind. Der Fraktionsbeschluss der PDS lässt für Bundeswehreinsetze trotz alledem Freiraum offen.

Punkt vier des Beschlusses muss wieder zurückgenommen werden und der Schwerpunkt der Politik auf eine gerechte Weltwirtschaft, eine Demokratisierung der UNO, auf Kritik der Militarisation von NATO, EU und Bundeswehr und auf Militärkritik allgemein gesetzt werden.

Die PDS hat sich durch ihre klare Haltung gegen den NATO-Krieg, einen sehr guten Ruf (auch im Westen) erkämpft. Es wäre schade, wenn die PDS dies jetzt, ohne Not, wieder verspielen würde.

Dirk Müller  
Informationsstelle Militarisation  
(IMI) e.V., Burgholzweg 116/2,  
72070 Tübingen

## Es gibt Ausnahmefälle

Dass die UNO heute ein Instrument der Großmächte ist, ist in der PDS weitgehend unstrittig. Dabei bleibt aber außer acht, dass auch die UNO druckempfindlich ist und Widersprüche zwischen den einzelnen Mächten bestehen, die genutzt werden können. Immerhin musste deshalb im Kosovo-Krieg auf ihre Dienste verzichtet werden.

Es wäre deshalb ein – wenn auch kleiner – Fortschritt, wenn die Rolle der UNO gestärkt, und sie ein reales Gewaltmonopol hätte. Gleiches gilt auch für die Vorschläge der PDS-Fraktion, eine UN-Polizeitruppe zu bilden, die jeder nationalen Verfügung entzogen wäre, und bei UN-Einsätzen auf Kontingente der Großmächte – also auch auf bundesdeutsche – zu verzichten. Dadurch könnten die Interessen der einzelnen Großmächte bei militärischen Einsätzen zumindest zurückgedrängt werden.

Bisher gibt es kaum Beispiele, wo es auch nach den neuen Kriterien der PDS eine Zustimmung für UNO-Militäreinsätze hätte geben können. Ent-

weder weil nicht-militärische Mittel ausgereicht hätten, die Probleme durch einen Militäreinsatz sich verstärkt hätten oder – wie im Falle des Golfkriegs – wirtschaftliche Interessen der Großmächte im Vordergrund standen. Es hat allerdings einige Fälle gegeben, wo als ultima ratio militärische Gewalt viele Menschenleben hätte retten können. Das gilt z.B. für den Völkermord in Ruanda und für Osttimor.

Osttimor steht zuallererst für die Scheinheiligkeit der Westmächte. In seinen Memoiren gab der damalige UN-Botschafter der USA Patrick Moynihan freimütig zu, dass nach der Besetzung Osttimors durch Indonesien 1976 das „US-Außenministerium wünschte, dass jegliche Maßnahme, die die UNO einleiten könnte, unwirksam sein sollte. Diese Aufgabe wurde mir anvertraut und ich habe sie nicht ohne einen gewissen Erfolg erledigt.“ Lukrative Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien waren der Grund dafür, dass bis heute keine der größeren Mächte (einschließlich Deutschlands) für eine härtere Gangart gegen Indonesien plädierte.

Dass die UNO jetzt in Osttimor militärisch intervenierte und die Massaker beendete, hat wenig mit der Sorge um Menschenrechte zu tun, sondern mit der Veränderung der Situation vor Ort. Um die militärische Intervention haben sich die Beteiligten wahrlich nicht gewünscht. Vor allem der hartnäckige Widerstand der Befreiungsbewegung Osttimors und die Demokratiebewegung in Indonesien haben erreicht, dass die Westmächte heute anders als früher handeln müssen.

Die nach dem Sturz Suhartos geschwächte indonesische Führung wollte sich mittels eines Referendums des Osttimor-Problems entledigen. Sie hoffte



Dieser farbige Kunstdruck (DIN A1) von Thomas Gebauer ist für 75 DM (signiert) bzw. 50 DM im PDS-Büro erhältlich

natürlich, dass unter dem Druck der Milizen die Menschen gegen die Unabhängigkeit stimmen würden. Da es aber anderes kam und anschließend Militärs und Milizen mit den Massakern begannen, gerieten die beteiligten Mächte unter Zugzwang: Die UNO, die mitanzusehen musste, wie ihre Wahlbeobachter aus dem Land getrieben wurden. Die australische Regierung, die als einzige die Besetzung anerkannt hatte, kam durch Demonstrationen Zehntausender unter Druck. Auch die USA und die EU mussten handeln, da sie sich durch den Kosovo-Krieg, den sie unter der Fahne der Menschenrechte geführt hatten, in eine Situation manövriert hatten, wo untätiges Zuschauen bei den Massakern in Osttimor, die Legitimation für ihre bisherige Politik in der Öffentlichkeit untergraben hätte.

Gab es in der konkreten Situation eine Alternative zum UN-Einsatz? Die sieben PDS-Abgeordneten, die der Resolution des Bundestages zu Osttimor nicht zustimmten, schlugen Sanktionen gegen Indonesien und den Einsatz einer Polizeitruppe vor. Langfristig hätten Sanktionen vielleicht von Nutzen sein können, aber nicht in der konkreten Situation, wo die Massaker und Brandschätzungen stattfanden. Und eine Polizeitruppe hätte angesichts von 20.000 indonesischen Militärs und tausender mordender Milizionäre wohl wenig ausrichten können. Vielleicht geht es den Abgeordneten aber auch nur um die Namensgebung. Bei einer Polizeitruppe wäre zumindest dem Anschein nach nicht der Sündenfall einer militärischen Intervention gegeben.

Ein Blick über den linken deutschen Tellerrand hinaus zeigt, dass andere Parteien, die kaum im Verdacht stehen, sich auf der schiefen

Bahn der Grünen zu befinden, den UN-Einsatz in Osttimor unterstützt haben. 12 von 14 Linksparteien im EU-Parlament stimmten zu. In den Ländern, die am stärksten in den Osttimor-Konflikt involviert sind, haben die linken Parteien für einen UN-Einsatz mobilisiert. Dies gilt in Portugal und in Australien sowohl für die kommunistischen als auch für radikalere Parteien. Für Linke sollte außerdem

die Haltung der betroffenen Befreiungsbewegung zumindest von Interesse sein. Alle Organisationen in Osttimor hatten um die schnelle Entsendung von UN-Truppen gebeten.

Der Fehler der PDS-Fraktion ist nicht, dass sie den UN-Einsatz begrüßt hat, sondern dass sie nicht rechtzeitig Druck für einen solchen Einsatz gemacht hat.

Nico Biver

## Die PDS-Bundestagsfraktion zu UNO-Militäreinsätzen

**Am 21. Oktober verabschiedete die PDS-Bundestagsfraktion die folgende Empfehlung an den PDS-Bundesvorstand.**

1. Aus einer Vielzahl historischer und politischer Gründe bleibt die Fraktion bei ihrem strikten Nein zum internationalen Einsatz der Bundeswehr.

2. Die Fraktion wird ihre Vorschläge zu einer demokratischen Reform der UNO und der OSZE sowie zum Ausbau von Maßnahmen zur zivilen Konfliktvorbeugung und Konfliktbewältigung weiter entwickeln und in die parlamentarische Debatte einbringen. Dabei werden wir berücksichtigen, dass Konflikte stets politische, ökonomische und soziale Ursachen haben, denen am wirksamsten durch eine sozial gerechte Weltordnung vorgebeugt oder begegnet werden kann.

3. Zum Abbau von nationalen Streitkräften und zur Verhinderung des Missbrauchs von UNO-Mandaten durch nationale Streitkräfte, vor allem durch Großmächte und führen-

de Industriestaaten – wie in der Vergangenheit häufig geschehen –, wollen wir an einem Konzept einer allein der UNO unterstellten und jeder nationalen Verfügung entzogenen internationalen Polizeitruppe arbeiten und darüber weiter diskutieren.

4. Die Fraktion der PDS kämpft um die Respektierung des demokratischen Völkerrechts und insbesondere der Charta der Vereinten Nationen und weist alle Versuche, auch der deutschen Bundesregierung, zu ihrer Aushöhlung zurück. Unser Respekt bezieht sich auf die Charta als Ganzes, das heißt, einschließlich des in Kapitel 7 geregelten Gewaltmonopols des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Kapitel 7 durch Beschluss anwendet, werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob der Beschluss der Charta entspricht, verhältnismäßig erscheint und politisch und moralisch auch im Detail akzeptiert werden kann oder abgelehnt werden muss.

# wann & wo

### Öffentliche PDS-Versammlung

Themen: Stadtwerkeumwandlung; Tschetschenien-Krieg  
**Di., 23. Nov., 19.30, PDS-Büro**

### Plenum PDS/Marburger Linke

**Do., 2. Dez., 20.00, PDS-Büro**

### Der Fall der Mauer

#### Erlebte Geschichte

Ehemalige DDR-BürgerInnen berichten über die „Wende“, ihre Vorgeschichte und das letzte Jahr der DDR  
Veranstalterin: PDS-Hochschulgruppe  
**Mo., 6. Dez., 20.00, Hörsaalgebäude, Biegenstr.**

### Russland vor den Wahlen

Referent: Dr. Gert Meyer  
Veranstalter: Arbeitskreis „Grundlagen sozialistischer Politik“  
**Di., 7. Dez., 19.30, PDS-Büro**

### UNO, NATO und die neue Welt(UN)Ordnung

Referent: Prof. Werner Ruf (Uni/GH Kassel)  
Veranstalterin: AG Friedens- und Abrüstungsforschung der Uni  
**Di., 14. Dez., 19.00, Hörsaalgebäude, Biegenstr., HS 6**

### Öffentliche PDS-Versammlung

Thema: NEUES MARBURG und Öffentlichkeitsarbeit der PDS  
**Di., 14. Dez., 19.30, PDS-Büro**

### PDS-Jahresend-/Weihnachtsfeier

FreundInnen, Interessierte und Mitglieder sind willkommen  
**Fr., 17. Dez., 20.00, PDS-Büro**

### Öffentliche PDS-Versammlung

Thema: Programmthesen der PDS  
**Di., 11. Jan., 19.30, PDS-Büro**

### Linke SPD-ler in die PDS?

Referent: Uwe Hiks (PDS-MdB), ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter  
**Mi., 12. Jan., 20.00, Ort wird noch bekannt gegeben**

### Wöchentliche Termine:

#### Marburger Initiative

„Nein zum Krieg“  
**Di., 17.30, DGB-Büro, Liebigstr. 21**

#### Sozialberatung im PDS-Büro

**Mi., 18.00-19.00, PDS-Büro**

#### Treffen des Aktionsforums

Stadtentwicklung  
**Di., 19.00, Weidenhäuser Str. 34**

#### Treffen der PDS-Hochschulgruppe

**Do., 18.00, PDS-Büro**  
Kontakt: Steffi und André, Tel. 924 215

## Wahrheitskommission statt Knast

Interview mit Wolfgang Leonhardt über das Urteil gegen Egon Krenz

**Wolfgang Leonhardt, Publizist und Spezialist für Fragen der realsozialistischen Länder, kam 1945 aus dem Moskauer Exil mit der KPD-Spitze um Walter Ulbricht nach Berlin. Die Stalinisierung der SED veranlasste ihn kurz nach ihrer Gründung 1948 ins jugoslawische Exil und später in die Bundesrepublik zu gehen.**

**Was halten Sie vom Urteil des Bundesgerichtshofes gegen Egon Krenz?**

Zum einen halte ich nichts davon, die DDR-Grenzbefestigungsanlage und die Selbstschussanlagen zu verharmlosen und zu beschönigen. Ich bin dafür, diese Frage zu diskutieren. Aber ich bin nicht dafür, einzelne Personen dafür zu verurteilen und ins Gefängnis zu stecken. Mein Vorbild ist das südafrikanische Modell, sind die ständigen jahrelangen Treffen unter dem Begriff „Wahrheit und Versöhnung“. Den Verantwortlichen des

Apartheidregimes, wenn sie bereit sind, dorthin zu gehen und Fragen zu beantworten, werden alle Strafen erlassen. Und diese Fragebeantwortung und Diskussion mit den Opfern führt zu neuen Beziehungen und zur Aufklärung. Ich würde mir wünschen, dass wir diesem Beispiel folgen.

**Was halten Sie, bezogen auf diese und andere laufende Prozesse, von der Aufhebung des in der Menschenrechtskonvention vorgesehenen und von der BRD nicht getragenen Rückwirkungsverbot für Deutsche aus dem Osten?**

Ich bin kein Jurist. Deshalb kann ich dazu wenig sagen. Aber was mich als Historiker beschäftigt, ist folgendes: Präsident Gorbatschow hat viermal erklärt, er habe mit Bundeskanzler Helmut Kohl eine Vereinbarung getroffen, dass kein Würdenträger der DDR vor Gericht gestellt und verurteilt wird. Ich möchte gern wissen, was aus dieser Vereinbarung geworden ist.

**Was sagen Sie dazu, dass Gorbatschow heute im Bundestag zum Jahrestag des Mauerfalls redet, während einer der Mitinitiatoren des Mauerfalls, Egon Krenz, einen Tag zuvor mit einem Urteil von sechseinhalb Jahren Gefängnis den Gerichtssaal verlassen muss?**

Dass Michael Gorbatschow den höchsten deutschen Orden bekam und heute die Festrede im Bundestag hält, geschieht, finde ich, zu recht. Aber ich finde es grotesk, dass Egon Krenz, der in sehr enger Beziehung zu Gorbatschow stand und – wenn auch leider zu spät – ähnliches wie Gorbatschow in der DDR versuchte, ins Gefängnis kommt. Ich teile die Verehrung für Gorbatschow. Aber die gegenwärtigen Dinge, die gegen Krenz laufen, kann ich nicht gutheißen. Hier muss man mit derselben Elle messen, und zum einen zwar Krenz' Verantwortlichkeiten sehen, aber genauso die unglaublichen Leistungen der letzten Monate seiner Regierungszeit in Betracht ziehen. Und ich würde mich freuen, wenn Gorbatschow im Bundestag das Urteil gegen Egon Krenz wenigstens in einem Satz erwähnt.  
Quelle: Junge Welt, 9.11.1999



# Mumia ist kein Einzelfall

## Schwarzer Journalist weiter von Todesstrafe bedroht

**Rund 150 Menschen gingen am 22. Oktober in Marburg auf die Straße, um gegen die drohende Hinrichtung des schwarzen US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal zu protestieren. Über die Hintergründe dieses Justiz-Skandals berichtet Mike Carie vom Antifaschistischen Ratschlag.**

Mit der Ablehnung des Antrages auf Wiederaufnahme seines Verfahrens durch den Obersten Gerichtshof Pennsylvanias am 4. Oktober 1999 und der daraufhin erfolgten Datierung der Hinrichtung des farbigen Journalisten und Menschenrechtlers Mumia Abu Jamal für den 2. Dezember durch Gouverneur Tom Ridge, droht in den USA erneut ein weltweit Aufsehen erregender Justizskandal zu einem ebenso unrühmlichen wie endgültigen Abschluss zu gelangen.

Zwar wurde die Hinrichtung mittlerweile durch den Bundesrichter William H. Yohn mit Verweis auf das laufende Berufungsverfahren ausgesetzt. Dennoch besteht kein Anlass zur Entwarnung: Erstens kann jederzeit ein neuer Termin anberaumt werden, zweitens verengen sich zunehmend die Möglichkeiten zur Einleitung von Rechtsmitteln.

Wegen angeblichen Mordes an dem

Polizisten Daniel Faulkner wurde Mumia Abu Jamal in einem mehr als dubiosen Gerichtsverfahren von Richter Sabo zum Tode verurteilt, der den traurigen Rekord für sich in Anspruch nehmen darf, mehr als doppelt so viele Todesurteile wie jeder andere seiner Amtskollegen ausgesprochen zu haben.

Die Liste der Verfehlungen seitens der Polizei und Staatsanwaltschaft

belastungszeugin Veronica Jones genannt, die inzwischen ihre belastende Aussage widerrufen hat.

Neben dem Umstand, dass die starken Hinweise auf Mumias Unschuld, die mittlerweile 300 Seiten Papier füllen, seitens der Justiz nicht zur Kenntnis genommen werden, spielen jedoch auch politische und soziale Gründe in diesem Fall eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Zum einen ist da die Person Mumia Abu Jamal selbst. Er wurde schon in seiner Jugend mit dem strukturellen Rassismus in seiner Heimatstadt Philadelphia konfrontiert. Er reagierte darauf mit einer frühen Politisierung, die sich zunächst in seiner Mitgliedschaft in der Black Panther Party und später in seinem Engagement als Journalist und Radiosprecher für die Sache der Farbigen in den USA allgemein und gegen Polizeibrutalität gegenüber Schwarzen im Besonderen, wirksam äußerte.

Dieses Engagement brachte ihm sowohl journalistische Preise und den Beinamen „voice of the voiceless“, aber auch den Unmut der „Fraternal Order of Police“ (FOP) ein, einer zwielichtigen, rassistisch geprägten



zählt inzwischen über 600 Verstöße gegen die Bürgerrechte Mumia Abu Jamals und reicht von der Verweigerung einer (entlastenden) ballistischen Untersuchung der Tatwaffe bis zu kriminellen Machenschaften wie Zeugenbedrohung und Bestechung. Als Beispiel sei die vormalige Haupt-

Wir suchen Menschen,

- die bei uns in der Gruppe mitarbeiten, sei es in der Öffentlichkeitsarbeit oder bei der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen.
- die als RechtsanwältInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, DolmetscherInnen und PädagogInnen die Flüchtlinge praktisch und kostengünstig unterstützen.
- die Unterkünfte bereitstellen, so gut, so billig und so viele wie möglich. Hier kann ein Zimmer in einer WG für einige Zeit leer stehen, dort ist eine R für einige Zeit vereist, es gibt Zweitwohnungen und Häuschen auf dem Land. Und es gibt eine Menge Räumlichkeiten, die von Kirchen, Gruppen und Vereinen genutzt werden, die für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden könnten.
- die einen Beitrag zur Finanzierung von Aktion Zuflucht leisten, entweder durch einmalige Spenden oder besser durch einen regelmäßigen Beitrag.

Ein weiterer Aspekt ist die bundesweite und grenzüberschreitende

Polizeivereinigung, deren ehemaliges Mitglied eben jener Richter Sabo war.

Es ist gerade diese FOP, die in großem Umfang durch Skandale wie Beweisfälschung und Brutalität gegenüber Schwarzen von sich Reden machte.

Zum anderen scheinen Politiker wie Tom Ridge sich durch die Profilierung als Hardliner für höhere Aufgaben empfehlen zu wollen.

Es drängt sich geradezu der Verdacht auf, dass in diesem Fall an Mumia, als einer zentralen Figur des Widerstands gegen rassistische Unterdrückung und als pointierten Kritiker der ruinösen Folgen einer markt-radikalen Politik, ein Exempel statuiert werden soll.

Denn Mumia ist kein Einzelfall: „Todeskandidaten“ – und Gefangene allgemein – haben in den USA zu meist zwei Merkmale gemeinsam: Sie sind schwarz und sie sind arm, mithin gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert.

Dies deutet allerdings nicht darauf hin, dass Schwarze krimineller sind als Weiße, sondern dass sie in der Gesellschaft und gerade in den Mühlen der Justiz der USA schlichtweg wenig Chancen haben.

Mumias Fall hat als exemplarischer Fall mittlerweile eine weltweite Protestbewegung verursacht, die zeitweilig in den USA bis zu 30.000 Menschen zugleich auf die Straße bringt. Zunehmend zieht der Fall auch in Deutschland Kreise.

Mike Carie

Wer sich für Mumia und gegen Menschenrechtsverletzungen und Todesstrafe einsetzen möchte, kann sich wenden an

Eva Chr. Gottschaldt (Tel. 06421-961961) oder an das

Mumia Solibüro, c/o ARI Yorkstr. 59, 10965 Berlin, Fax: 030-7 86 99 84, <http://www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia>

Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die praktische antirassistische Arbeit machen. In diesen Zusammenhängen ist auch die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ entstanden, die die Situation von Illegalisierten in der BRD aufgreift und auf deren Legalisierung hinarbeitet.

Aktion Zuflucht ist für uns kein defensives Handeln, das auf das Verstecken von Flüchtlingen beschränkt bleibt. Es ist für uns eine „Flucht nach vorne, mit der Absicht auf die bestehenden Verhältnisse einzuwirken.“ Unser Ziel ist es politische und gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der Flüchtlinge zu erreichen.

**AKTION ZUFLUCHT**

c/o Infoladen, Metzgergasse 1b, 35037 Marburg, Tel.: 06421-14090

Wer/welche Interesse hat, mitmachen will oder Informationen möchte, erreicht uns im Infoladen jeden Donnerstag zwischen 18 und 19 Uhr. Spenden oder Daueraufträge unter dem Stichwort Aktion Zuflucht auf das Konto: Sparkasse Marburg-Biedenkopf BLZ 53350000 Kontonummer: 1018001825

Initiativen stellen sich vor

## Aktion Zuflucht

Aktion Zuflucht Marburg ist 1994 entstanden als Reaktion auf die faktische Abschaffung des Asylrechts durch die Grundgesetzänderung 1993. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, von Abschiebung bedrohte Menschen vor dem staatlichen Zugriff zu schützen und dies offensiv nach außen zu tragen. Wir suchen Menschen, die uns bei dieser Arbeit unterstützen.

Kein Mensch flieht grundlos! Wir respektieren die Entscheidung zur Flucht. Dieser Respekt ist die Grundlage unserer Unterstützung.

Wir richten uns nicht nach den Maßstäben staatlicher Fluchtkategorien. Wir maßen uns nicht an, zu entscheiden, wer/welche das Recht hat hier zu leben, und wer/welche nicht. Die Unmenschlichkeit staatlicher

Kriterien wird uns durch Abschiebungen in Krisenregionen, politische und sexistische Verfolgung tagtäglich vor Augen geführt. Und immer wieder wird auch sichtbar, in welchem direktem Zusammenhang die Situation der Flüchtlinge in ihren Heimatländern mit der Politik der Bundesrepublik steht. Als Profiteurin einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung ist die BRD mitverantwortlich für Hunger, Armut und Zerstörung der Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt.

Deshalb fordern wir: offene Grenzen und Bleiberecht für alle.

Aktion Zuflucht ist auf die Unterstützung vieler Menschen angewiesen, wobei es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, wie menschlich sich daran beteiligen kann.



# Teure Meinungsfreiheit

Ehemalige AStA-Vorsitzende wurden für politische Äußerungen der Studierendenvertretung haftbar gemacht

Ein Raunen ging durch den Saal, als der erste Punkt der Anklage verlesen wurde. Angeklagt waren drei ehemalige AStA-Vorsitzende, weil sie ein Flugblatt zum Marktfrühstücken finanzierten: 50,62 DM wurden laut Staatsanwalt für nicht hochschulbezogene Belange ausgegeben.

Dem ersten Punkt folgten noch 15 weitere Verstöße, bei denen der AStA sein hochschulpolitisches Mandat übertrat, also allgemeinpolitische Äußerungen machte. Der Ursprung dieses Verfahrens gegen Stefan Mielchen, Judith Klapproth und Pia Maier liegt in den Klagen des Republikaners Eike Erdel gegen den AStA. Nachdem schon mehrere Ordnungsstrafen gegen den AStA verhängt wurden, fühlte sich der Staatsanwalt berufen, die Vorsitzenden persönlich zu verklagen. Seiner Logik folgend, kam die Studierendenschaft zu Schaden, weil die Vorsitzenden das Geld nicht rechters ausgegeben, also öffentliche Gelder veruntreut hätten. Indem nicht der AStA, sondern drei Menschen verklagt wurden, erreichte das Verfahren eine neue Qualität. Die Absicht dabei scheint klar: Den



Service statt Politik: in den AStA-Räumen hat jetzt Gelb-Rot-Grün das Sagen

Reiner Schürf

künftigen Vorsitzenden wird angedroht, bei Fehlverhalten persönlich mit Geld- und Vorstrafe rechnen zu müssen.

Der Prozess wurde wegen angeblich besonders schwerer Fälle vor dem Landgericht geführt. Zur Verurteilung kam am Ende eine Summe „veruntreuter“ Gelder von gut 5.000 DM.

Auf der Bank, auf der normalerweise Menschen sitzen, die wegen Schwerkverbrechen mit Todesfolge angeklagt sind, saßen Anfang November die ehemaligen AStA-Vorsitzenden. Die Veruntreuung, die ihnen vorgeworfen wurde, bezog sich in keinem Fall auf verschwundenes oder zu privatem Vorteil eingesetztes Geld, allein der

Zweck war der Staatsanwaltschaft ein Dorn im Auge. Die Auseinandersetzung mit Castor-Transporten, die möglicherweise durch die Universitätsstadt führen könnten, ist nicht hochschulbezogen genug.

Der Staatsanwalt konnte sich mit seiner strikten Linie aber nicht voll durchsetzen. Die meisten dargelegten Fälle wurden nicht weiter verfolgt – zum Beispiel die Finanzierung eines Musikers, die nur auffiel, weil er im Rahmen eines Friedensfestes für Kurdistan auftrat. Der Richter stellte zu Recht fest, dass der AStA hier seinem kulturellen Auftrag nachkam. Auch das Feministische Archiv wurde vom Richter als sinnvoll eingeschätzt. Was tatsächlich hochschulbezogen ist, bleibt leider interpretierbar.

Als Urteil erging eine Verwarnung mit Strafvorbehalt. Veruntreut eine der Angeklagten in den nächsten zwei Jahren erneut öffentliche Gelder, steht die Strafe zwischen 500 und 3000 DM schon fest. Um das Urteil zu akzeptieren und ohne Vorstrafe davonzukommen, zahlen alle ein Bußgeld zwischen 500 und 1000 DM an die AIDS-Hilfe Frankfurt.

Die Angeklagten schätzten das Ergebnis des Verfahrens für sich persönlich jeweils glimpflich ein. Die Forderungen des Staatsanwalts lagen rund doppelt so hoch wie die zur Bewährung ausgesetzte Strafe. Ihnen wurde nicht entsprochen, weil ein Teil der ursprünglichen Anklageschrift als Verfehlung anerkannt wurde. Dadurch gibt es jetzt kein Urteil, das Studierende künftig von Ämtern der Studierendenschaft abhalten würde. Aber die Verletzung des politischen Mandats als persönlichen Fehler der Vorsitzenden wurde damit anerkannt.

Bleibt nur, weiterhin dafür zu streiten, den Asten klar und eindeutig die politische Vertretung der Studierenden in den Hochschulgesetzen zu übertragen.

Pia Maier

Spenden für die Prozesskosten der Angeklagten können eingezahlt werden auf das Konto der PDS Marburg-Biedenkopf, Nr. 531 243, Marburger Bank, BLZ 533 90 00, Stichwort „Prozesskosten“

## AStA der „Neuen Mitte“

Erstmals seit über 30 Jahren ist die Marburger Uni ohne linken AStA

Seit dem 3. November hat die Studierendenschaft der Uni Marburg einen neuen mehrheitsfähigen AStA. Er besteht aus der Grünen Hochschulgruppe (GHG), der Liberalen Hochschulgruppe (LHG), der Juso-HSG, sowie den Mehrheitsbeschaffern von Auf in den AStA (AidA) und der Rosa Liste. Der neue AStA löst die linke Koalition ab, die im Frühjahr 1997 gewählt worden war, aber in den letzten anderthalb Jahren nur noch kommissarisch amtiert hatte.

Die Grüne HG war im Sommersemester zum ersten Mal bei den Wahlen zum Studierendenparlament (Stupa) angetreten und ermöglichte aufgrund ihres Ergebnisses den neuen „Mitte-AStA“. Den neuen AStA-Vorstand bilden Daniel Schneider (Vorsitzender, Juso-HSG), Nicole Kleppel (stellv. Vorsitzende, Grüne HG) und als Finanzreferent Jonathan Segnitz von der Liberalen HG.

Das erklärte Ziel der neuen Koalition ist es, den AStA serviceorientiert zu organisieren. Außerdem werden einige politische Arbeitsfelder (Referate) gestrichen. So werden in Zukunft die Themenbereiche Antifaschismus und Internationalismus nicht mehr speziell behandelt werden. Der Bestand des Feministischen

Archivs konnte nur nach langen Verhandlungen gesichert werden. So hatte sich die Grüne HG für eine Öffnung des Archivs für Männer ausgesprochen, was sie aber nicht durchsetzen konnte.

Während des Wahlkampfes hatten sich die Gruppen der neuen Koalition insbesondere auf den alten AStA und andere linke Gruppen eingeschossen, inhaltlich wurde nur wenig publiziert. An der inhaltslosen Auseinandersetzung mit dem alten AStA hatte sich der RCDS (CDU-Uni-Ableger) besonders hervorgetan. Seine Hetzkampagne, die von falschen Anschuldigungen bis zu Beleidigungen gegen Schwule und Lesben reichte, gipfelte in einem Aufkleber mit einer durchgestrichenen Zecke sowie dem Spruch: „Wir halten unsere Uni sauber!“. An dieser Art des Wahlkampfes beteiligten sich auch der Republikanische Hochschulverband und die Arminia-Burschenschaftsliste „Die Heteros“. Dies gipfelte letztendlich in einen Prozess gegen drei VertreterInnen aus ehemaligen Asten (siehe oben).

Die Gruppen aus dem linken Spektrum hatten, aufgrund der langen Zeit, in der sie ohne Mehrheit im Stupa den AStA organisieren mussten, an Boden verloren. So war das Linke

Bündnis nicht mehr angetreten und andere Listen hatten einen Teil ihrer WählerInnen verloren. Die PDS-HSG hatte im Bündnis gruppe list (links, sozialistisch, tückisch) kandidiert und ist im neuen Stupa ebenfalls vertreten.

André Berg

### Sitzverteilung im Stupa

#### Linke Gruppierungen:

Bündnis Alternativer und Linker Unigruppen (BALU)	5
gruppe list (links, sozialistisch, tückisch)	2
Feministische FrauenLesbenListe (FFLL)	2
Sozialistisch-Ökologische HG (SHG)	2

#### Mitte-AStA-Koalition:

Juso-HSG	6
Grüne HG	6
Liberaler HG	6
Rosa Liste	2
Auf in den AStA (AidA)	1

#### Rechte Gruppierungen:

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)	7
Republikanischer Hochschulverband (RHV)	1
Die Heteros	1

**Insgesamt 41**

**Linke SPD-ler  
in die PDS?**  
mit **Uwe Hiks**  
Bundestagsabgeordneter, früher  
SPD, heute PDS  
**Mi., 12. Jan., 20.00**  
Ort wird noch bekannt gegeben

# Fellinis 8 1/2

## Schwankulatives zu Fellinis achteinhalbtem Film über die Schaffenskrise eines Regisseurs

Das klassische Werk des Zweiflers in unserem Jahrhundert plazierte am zeitlichen Katzentisch jeweils Sonntag 12 Uhr und Montag bis Mittwoch 22 Uhr 45. Eine feine Kino-Politik am Steinweg ist das, preisprämiiert zudem. Doch don't worry, in dieser laubgesägten Idylle namens Marburg gehen die Uhren halt anders herum.

Im Film gibt es einen Kritiker, der Guidos Bemühungen ständig scharf und unfreundlich kommentiert. Und schließlich stellt der Regisseur sich in seiner Phantasie vor, dass der Kritiker gehängt worden ist. Ein bisschen Horror Vacui sicherlich. Mit Novalis (Georg Friedrich von Hardenberg) gesagt: „Tragische und komische Hauptmassen des Films. Antik, modern, gemein, edel. Gespräch, Beschreibung und Reflexionen wechseln in 8 1/2 einander ab.“ O-Ton Federico Fellini: „Ich selbst wollte so wie in La Dolce Vita weiterarbeiten und einen Film machen, der noch ehrlicher sein sollte und auf jedes Kalkül verzichtete. Ich dachte, unabhängig von der eigentlichen Film-Story, an das

Portrait eines Mannes mit seiner ganzen Vergangenheit und seiner Zukunft, mit seinen Träumen, Ahnungen, Gewissensbissen und Illusionen.“

Ansätze wahrer Zuneigung und Anfälle von Groll, resigniertes Hinnehmen und fortgesetzte Rebellion quälen ihn auch weiterhin. Vielleicht liegt es an seiner unheilbaren Untreue, die ihm nicht mehr gestattet, seine Frau von Grund auf zu begreifen, sie in ihrem Wesenskern zu besitzen... Doch was heißt schon Treue? Die Ehefrau dargestellt von einer hinreißenden Anouk Aimée, ein unverzerrtes, reichlich begabtes Frauenbild. Eine ungemein wichtige Gestalt des Films aus dem Jahre 62.

Die Geliebte ist natürlich eine Person mit großem Hintern, einem fabelhaften Busen und auch sonst allerlei. Sandra Milo gibt die Carla mit den beschwingten Erkern der Klischee-Ästhetik. Voila! Das Mädchen von den Quellen ist keine geringere als Claudia Cardinale, schön, sehr jung, aber innerlich schon reif, gefestigt, ein Angebot von Echtheit.

Der Regisseur namens Guido wird verkörpert von einem ganz großartigen Marcello Mastroianni. Guido kommt nicht in die richtige Stimmung, seinen neuen Film anzufangen. Er wird von allen Seiten von den Leuten, die mit ihm und dem geplanten Projekt zu tun haben, bedrängt und flüchtet sich schließlich vor diesem Druck in Kindheits-Erinnerungen. Hamletteratur, was sonst! Marcello Mastroianni zum Thema: „Als es ihm bei den Dreharbeiten zu 8 1/2 nicht gelang, mich intellektueller aussehen zu

lassen, kam er auf die Idee mir die Brusthaare zu entfernen. 'Eine behaarte Brust wirkt männlich. Ich will, dass mein Intellektueller zumindest äußerlich zerbrechlicher, zarter wirkt.' Also wurden mir die Haare mit Wachs entfernt, ausgerissen! In einer bestimmten Szene, auf dem berühmten Gut, war ich nämlich mit beinahe nacktem Oberkörper zu sehen.“

So lebt der in schwarz-weiß gehaltene Film aus einzelnen Szenen und der Harmonie ihres Zusammenklangs. Das gemeinsame Band aller Szenen ist eigentlich nur die Figur des Regisseurs. Musikalisch zusammengehalten wird 8 1/2 von dem Komponisten Nino Rota (dito La Dolce Vita, Amarcord etc.).

8 1/2 ist ein meisterlicher, ja grandioser Streifen, der vor allem durch seine visuelle Spannung und Komplexität, durch seine intellektuelle und emotionale Dichte und die Qualität seiner Musik besticht. Durch einen genauen und erhellenden Einblick in die widersprüchlichen Prozesse schöpferischer Arbeit gelingt Fellini einerseits eine zwingende Aussage über Inspiration und Kreativität, andererseits aber auch eine fundierte Gesellschaftskritik.

Schlussendlich sind diese 138 Minuten ein melancholischer, ein beinahe düsterer und doch entschieden komischer Film. That's all folks.

Lilo Lenuschka



## Um eine milde Gabe

wollen wir diesmal besonders intensiv betteln. Bekanntlich nimmt die Spendenfreudigkeit gegen Jahresende stark zu. Das hängt nicht nur mit der Weihnachtsstimmung zusammen, die uns alle ermuntert, anderen Gutes zu tun. Einige beschleicht vielleicht sogar ob der Prasserei und Schenkerei ein schlechtes Gewissen. Hinzu kommt, dass manche noch mit Weihnachtsgeld gesegnet werden.

Und für eine Spende an die PDS ist die Jahreszeit besonders günstig. Mit der Steuererklärung kann man sich im Januar die Hälfte des Geldes bei Eichel wiederholen.

Ausgesprochen bedürftig sind wir allemal, da wir nicht wie andere Parteien mit Spenden von Waffenhändlern und Großkonzernen rechnen können. Und Eure milde Gabe verdienen wir sicherlich, denn wenn es nach uns ginge, wäre das ganze Jahr über Weihnachten. Mit Ruten für die Reichen und Bescherung für die Armen.

### Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf  
Marburger Bank  
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 533 90 000

# Welcome to the German Democratic Republic

„Sonnenallee zeigt die Wahrheit über die DDR“, titelte die BILD-Zeitung über den aktuellen Film des Ex-DDRLers Leander Haußmann. Und sie hat Recht damit, nur anders als sie – verfangen im Antikommunismus des Ost-West-Konflikts – glaubt.

Haußmann, z.Zt. am Bochumer Schauspielhaus, stilisiert in seinem Film den Alltag der DDR ohne in Ostalgie oder Westeuphorie zu verfallen. Am Beispiel von mehreren Jugendlichen Ende der 70er Jahre am kleineren Ende der Sonnenallee, direkt hinter der die Straße durchtrennenden Mauer, zeigt er, wie schwer es ist, die neuste Rock'n Roll-Scheibe zu bekommen, die täglichen Nöte mit dem VoPo, die beste Lösung trotz fehlender Drogen eine gelungene Party zu feiern und die menschlichen Züge hinter dem – heute nur noch negativ wahrgenommenen – System. An jeder handelnden Figur entwickelt er eine kleine Geschichte, die auf viele Geschichten des DDR-Alltags verweist.

Da sind Micha, Mario, Wuschel und ihre Freunde, deren Musikgeschmack schon mal in Konflikt mit

der Regierungsmeinung kommt. Aber was wäre ein Leben ohne Rock'n Roll. Micha liebt Miriam, aber die geht mit einem West-Schnösel aus. Wie sich später herausstellt ein einfacher Hotelpage, der im Osten eine große Show abzieht. So ist das mit dem Westen: Mehr Schein als Sein. Für Miriam lässt sich Micha sogar zur Strafrede vor der gelangweilten FDJ-Gemeinde verdonnern und erfälscht eine saubere DDR-Oppositionsgeschichte in seinen fiktiven Tagebüchern. Michas Vater ist ein notorischer Nörgler, dessen Antikommunismus offensichtlich nur die adäquate Form ist, die übliche Kritik an „denen da oben“ loszuwerfen. Michas Mutter findet einen BRD-Pass und denkt ans Abhauen. An der Grenze besinnt sie sich anders. Warum alles aufgeben, was doch eigentlich ganz in Ordnung ist. Und sie wird belohnt: Die anschließende Liebeszene zwischen Henry Hübchen (Michas Vater) und Katharina Thalbach (Michas Mutter) versprüht in ihrer Inszenierung eine überraschende Erotik.

Eigentlich geht es um die Jugend in einem Land, das wie jedes andere auch für jugendliche Träume zu eng ist. Um die Entscheidung zwischen

freiem Leben und Anpassung, die Mario treffen muss als er Vater wird. Und um die Naivität hinter den Verhältnissen, die ihnen den Schrecken nimmt.

Haußmann inszeniert diese Geschichte als Komödie. Doch er gleitet (trotz der Beteiligung von Detlev Buck) nicht in den Humor des Neuen Deutschen Films ab. Davor bewahrt ihn die ans Theater angelehnte szenische Inszenierung. Er zeigt Typen, die keine Stereotype sind. Den Grenzer zum Beispiel, der durch die Verschiebung des Grenzsteins gen Westen seiner sozialistischen Pflicht nachkommt. Und als der Film am Ende zu kippen droht, der Polizist an der Mauer schießt und danach die Bevölkerung tanzend auf die Mauer zusteuert, rettet er die Geschichte dennoch. Das Leben in der DDR war vielleicht nicht immer einfach, aber es war schön. Schlussendlich möchte man Micha beipflichten, der den Westtouristen, als sie mal wieder mit Bananen und Schokoriegeln drohen, zuruft: „Ich geh demnächst zur NVA und dann komm ich wieder und knall euch alle ab!“

Dieser Film ist vielleicht nicht die ganze Wahrheit über die DDR, aber eine schöne. Tobias Ebbrecht

# Schwarzer „Sturm“

## Marburger Schauspiel: Aus mancher Not wurde Tugend

**Jahrzehntelang war das „Marburger Schauspiel“ das kleinste Stadttheater in der Bundesrepublik und zugleich eines der schlechtesten. Klein ist es immer noch, inzwischen gehört es zu den besseren.**

Die Ursache liegt nicht in der Formalie, dass es sich inzwischen „Hessisches Landestheater Marburg“ nennen darf, sondern in einem Wechsel der Leitung. Anfang der neunziger Jahre kamen Ekkehard Dennewitz als Intendant und Peter Radestock als Oberspielleiter hierher. Eine Stasi-Affäre sorgte dafür, dass sie wohl nicht mehr so leicht weg können. (Radestock musste seine erfolgreiche Bewerbung um den Intendantenposten in Osnabrück zurückziehen.) Schlecht für sie, gut für die Stadt: seitdem hat das hiesige Theater eine überqualifizierte Leitung, die in mancher Hinsicht aus der Not eine Tugend macht.

Plötzlich erwies es sich nicht als Nachteil, sondern als Vorteil, dass Marburg kein Großes Haus hat. Die

Stadthalle wurde auch dadurch nicht besser, dass sie nach Erwin Piscator benannt ist. Nützlicher ist schon, dass Dennewitz/Radestock eine Spielstätte nach der anderen erschlossen: den Marktplatz, den Lutherischen Kirchhof, den Fürstensaal im Schloß, den Deutschhauskeller, ein Gelände bei Caldern. Aus der vollmundigen Ankündigung der Rotgrünen Koalition von Anno Dunnemals, mal wolle auf dem Alten Schlachthofgelände ein Kinder- und Jugendtheater bauen, ist nichts geworden. Macht fast gar nichts: im ehemaligen Offizierscasino am Schwanhof entstand eine Art Kleines Haus, in dem nicht nur großes Theater gespielt wird, sondern auch Stücke für die Jungen aufgeführt werden.

Da das Ensemble knapp bemessen ist, müssen häufig einzelne Schauspieler(innen) mehrere Rollen im selben Stück spielen. Das ist hart und zugleich fördernd. Die ständige Notwendigkeit, große Texte auf kleine Bühnen zu bringen, zwingt zu besonders scharfen Schnitten. Es muss kein Schaden sein, sondern veranlasst

weiterhin Peter Lob, Steffi Götze, André Berg und Anna Hofmann an.

### Erhart Dettmering

Wer etwas über Marburger Politik erfahren will, darf nicht nur die „Oberhessische Presse“ und die „Marburger Neue Zeitung“ lesen, sondern braucht unbedingt auch die „Aachener Zeitung“. Dort erschien am 11. Oktober 1999 ein langes Interview mit dem hiesigen Magistrats-Pressesprecher Erhart Dettmering, in dem dieser aus seinem Leben in den siebziger Jahren erzählte:

„Also vor allem bei den Politologen im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften hatte nach dem Weggang von Professor Abendroth die DKP-Linie die Oberhand bekommen. Auch wenn nicht alle Professoren Parteimitglieder waren. Da waren sogar Linksliberale darunter. Aber mir erzählten Politologie-Studenten, die in meinem SPD-Ortsverein waren, dass sie ihre Examensarbeiten in eine ganz bestimmte Richtung akzentuieren mussten, um die Chance auf eine gute Beurteilung zu bekommen.“

Au ja, daran erinnere ich mich noch sehr gut. In den siebziger Jahren tauchten am Institut für Politikwissenschaft linksradikale junge Männer aus dem Ortsverein von Herrn Dettmering auf. Ihnen konnte es gar nicht rrrrevolutionär genug zugehen. Sehr laut beklagten sie sich über einen gewissen Dettmering.

Sie wurden kühl empfangen und nicht nach Gesinnung, sondern nach

zur Konzentration. Dabei kommen Neuprofilierungen heraus, über die gestritten werden kann.

Nehmen wir zum Beispiel Dennewitz' Neuinszenierung von Shakespeares „Sturm“. In der Schule haben viele von uns gelernt, es handele sich um eine positive Utopie: Sieg des Wahren, Guten, Schönen – verkörpert im Zauberer Prospero und in dem Geist Ariel – über Politik (dargestellt in den Herrschern von Mailand und Neapel) und Barbarei (problematisch, weil nur von oben gesehen: Caliban). Der positive Held, dem seine alte Macht genommen wurde (sein Herzogtum), verzichtet zuletzt sogar auf seine neue (die Magie). Alles wird gut.

Nun hat Skakespeare in seinen Königsdramen für solche Weicheier wenig übrig gehabt. Hat er es sich auf seine alten Tage anders überlegt?

Nein. Dennewitz dreht die gängige Interpretation um. Prosperos Verzicht war (vielleicht notwendige, vielleicht aus Einsicht akzeptierte?) Schwäche. Das Unrecht bekommt seine zweite Chance, Caliban auch.

Eine kühne Uminterpretation auf kleiner Bühne – eine Parabel auf das zu Ende gehende zwanzigste Jahrhundert.

Hoffentlich haben recht viele das gemerkt.

Georg Fülberth

Leistung beurteilt, nicht besonders gut. Darüber haben sie sich dann offenbar bei Herrn Dettmering, über den sich vorher bei mir beschwert hatten, beklagt. Im Unterschied zu mir hat er ihnen geglaubt, denn als Magistrats-Pressesprecher muss er ohnehin alles glauben und tun, was man ihm sagt.

Georg Fülberth

### Dr. Gabriele Sturm

bislang Hochschuldozentin am Institut für Soziologie, verlässt Marburg, um eine Professur in Dresden anzutreten. Hierorts bleiben betrubte Studierende zurück, drüben freuen sich die Ossis.

Zugleich wird der längerfristig bestellte Lehrkörper des Instituts für Soziologie zur frauenfreien Zone, nachdem bereits vor Jahren die Professorin Renate Rausch in den Ruhestand gegangen ist.

Aber es gibt ja noch die Marburger Politikwissenschaft. Dort lehrt die Professorin Ingrid Langer. Bald nach Anbruch des neuen Jahrtausends wird sie pensioniert. Bekommt sie keine Nachfolgerin, wird sich erweisen, dass die Grammatik eine exakte Gesellschaftswissenschaft ist. Sie lehrt: *Der Fortschritt* ist ein männliches Hauptwort.

## Der Mauerfall Erlebte Geschichte

Ehemalige DDR-BürgerInnen berichten über die „Wende“, ihre Vorgeschichte und das letzte Jahr der DDR

**Mo., 6.12. 20 Uhr**  
**PDS Hochschulgruppe**  
Hörsaalgebäude Biegenstraße

## Impressum

- NEUES MARBURG
- Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf
- Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873
- Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver (verantwortlich), Rainer Schlaf
- Erscheinungsweise: zweimonatlich
- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
- Layout: Nico Biver (Gestaltung), Rainer Schlaf
- Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG
- Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage
- Redaktionschluss: 21. November 1999



## Partei des Demokratischen Sozialismus

- Kreisverband Marburg-Biedenkopf
- Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
- Tel./Fax: 06421-163873
- E-Mail: biver@scm.de
- Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr
- Öffentliche Treffen an jedem 2. und 4. Dienstag, 20.00, PDS-Büro

## Kupong

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- zu PDS-Treffen eingeladen werden
- Mitglied der PDS werden

Name	Vorname
Straße	Ort
Datum	Unterschrift

**Sozialberatung bei der PDS**  
Mittwochs, 18-19 Uhr, PDS-Büro

# Leute

## Anke Richter

ist am 26. Oktober in den SprecherInnenrat der PDS Marburg-Biedenkopf gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Markus Karger an, der nach zweieinhalb Jahren von seinem Amt zurücktrat. Die Studentin der Politikwissenschaften ist seit Juli d.J. Mitglied der PDS. Vorher gehörte sie zu Bündnis 90/Die Grünen, die sie im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg verließ. Sie will sich vor allem in der Bereichen Ökologie, Feminismus und Antifaschismus engagieren. Dem SprecherInnenrat gehören





## Das Letzte

### Heil Philipp?

Aus der Zeitschrift „Alma Mater Philippina“ des Universitätsbundes und der „Marburger Universitäts-Zeitung“ ist jetzt ein neues Organ geworden: das „Marburger UniJournal“. Es wird vom Chef der Deutschen Vermögensberatung, Pohl, gesponsert. Dies veranlasst offensichtlich viele Leute, das ziemlich umfangliche und aufwendige Produkt nicht zu lesen: An allen möglichen Orten liegt es in hohen Stapeln herum.

Dabei steht dann und wann auch einmal etwas Interessantes darin. Zum Beispiel berichtet die Historikerin Dr. Margret Lemberg in der jüngsten Nummer, dass der Name der hiesigen Universität nicht von einem Landgrafen des 16. Jahrhunderts eingeführt wurde, sondern von den Nazis.

Philipp der Bauernschlächter, genannt „Der Großmütige“, hatte die von ihm gegründete Anstalt nicht „Philipp-Universität“ genannt, sondern „schola marburgensis“. In ihrem Siegel bezeichnete sie sich später als „Academia Marburgensis“. Das 1885 von der preußischen Regierung genehmigt Statut betitelte sie als „Königliche Universität Marburg“. Während des Ersten Weltkriegs begann das Rektorat damit, das Vorlesungsverzeichnis und seine Briefbögen mit dem Namen „Philipp-Universität“ zu versehen.

Als das – nunmehr sozialdemokratisch geführte – Kultusministerium 1930 eine neue Satzung erließ, nannte es die Anstalt schlicht „Universität Marburg“. Darob herrschte große Empörung in vaterländischen und akademischen Kreisen. Der Kultusminister Becker wurde bei einem Marburg-Besuch von Nazi-Studenten angepöbelt (allerdings nicht nur aus diesem Grund). In Widerspruch zur ohnehin ungeliebten republikanischen Regierung verließ der Senat 1932 der von ihm regierten Hochschule den Namen „Philipp-Universität“. Das war – juristisch gesehen – illegal.

Dann kam Hitler. Sein Kultusminister Bernhard Rust teilte dem Rektor im November 1933 mit, jetzt dürfe es „Philipp-Universität“ heißen.

Was lernt uns das? Zunächst einmal ist es offenbar mit dem Universitätsnamen so wie mit dem Marburger Fachwerk: nicht alles, was alt aussieht, ist auch wirklich alt.

Zweitens müsste sich jetzt wohl der Antifa-Ratschlag mit der Sache befassen.

Drittens sollte der bedenklliche Namensteil künftig besser in Gänsefüßchen gesetzt werden: „Philipp“-Universität. Wie früher „DDR“.

Friederike Wurm

## „Die SPD versteht nur die Machtfrage“

Interview mit dem früheren Coburger SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Hicks, der im Oktober der PDS beiträt

### Fehlte Ihnen die Kraft, sich in der SPD durchzusetzen?

Das ist keine Frage von Kraft. Vielmehr hat die Sozialdemokratie durch ihre Führungsspitze und leider auch durch einen Teil der mittleren Funktionärschicht entschieden, von einer linken Volkspartei zu einer Partei der Mitte zu mutieren. Dieser Prozess ist schon ziemlich weit fortgeschritten. Ich bin aber überzeugt vom demokratischen Sozialismus, bin links und bleibe links.

### Was ist an der SPD nicht mehr links?

Ich vermisse die Interessenvertretung der sogenannten „kleinen Leute“ – Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, auch kleine Selbstständige. Die SPD macht mittlerweile – dann auch mit dem Sparpaket – eine Politik, die sich vor allem an den Gutverdienenden orientiert und die Kosten dafür auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kommunen und sozial Schwächeren

verlagert.

### Woran machen Sie das fest?

Ich nenne nur die Streichung bei der Arbeitslosenhilfe und das Aussetzen eines Wahlversprechens, nämlich dass wir wieder zu einer nettolohnorientierten Rente zurückkehren würden. Das ist nicht mehr die Sozialdemokratie, in die ich eingetreten bin.

### Was war der Auslöser?

Den gibt es so nicht. Diese Überzeugung wächst bei mir seit vielen Monaten. Ich habe neben meiner Partei gestanden, als sie sich für den Krieg im Kosovo entschieden hat. Ich kann Äußerungen nicht begreifen, die dafür plädieren, die Löhne zwei Jahre nicht zu erhöhen oder immer wieder zu sagen, die Zeit der Umverteilung sei vorbei. Damit erfüllt die SPD nicht die Hoffnungen, die sie im Wahlkampf den Menschen gemacht hat und weswegen sie auch gewonnen hat. Ich aber möchte helfen, dass diese Leute wieder eine politische Heimat haben.

In der PDS hoffen Sie die bessere SPD zu finden?



## Wiesbaden contra Integration

Rigide Schulpolitik lässt behinderte SchülerInnen im Regen stehen

Ungläubig rieben sich manche Eltern zu Beginn des Schuljahres die Augen, war doch das Unterrichtsangebot nach Wechsel der Hessischen Regierung spürbar aufgestockt worden. KritikerInnen vermuten gleichzeitig einen Rollback von projektbezogenen, fächerübergreifenden Lehrmethoden hin zum Unterricht, der sich auf Vermittlung von abfragbarem Faktenwissen reduziert. Quantität muss demnach nicht zwangsläufig etwas mit Qualität zu tun haben.

Die Bildungsinvestition für die Eltern hat zur Folge, dass die schulischen Möglichkeiten vieler behinderter Kinder und Jugendlicher gleichzeitig drastisch eingeschränkt werden sollen. So zeichnet sich ab, dass die sog. „Unterrichtsgarantie“ unter anderem zu Lasten des integrativen Unterrichts gehen wird. Noch in diesem Jahr will die Landesregierung die Bestimmungen im Hessischen Schulgesetz zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter SchülerInnen ändern. Kinder mit Handicaps sollen nur noch dann für die Regelschule zugelassen werden, wenn aufgrund obligatorischer Check-ups festgestellt wird, dass sie in der Lage sein werden, einen Schulabschluss zu erreichen, quasi eine Art Numerus clausus für Vorschulkinder. Abgesehen von der Fragwürdigkeit

derartiger Ausleseverfahren bedeutet die geplante Gesetzesänderung einen massiven Eingriff in bestehende vorbildliche Integrationsmaßnahmen, wie etwa in Marburg an der Richtsberg-Gesamtschule (RGS) und der Erich-Kästner-Schule.

Eine vom Förderverein der RGS initiierte Anzeigenserie macht deutlich, dass sich nicht nur Schulen und verschiedene Verbände zur Wehr setzen. Für Vorstandsmitglied Jochen Spiller zeigt die Resonanz: „Auch Eltern gesunder Kinder ist es offenbar wichtig, dass ihre Sprösslinge neben der Aneignung von Fachwissen auch Werte wie Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme oder Akzeptanz im Rahmen schulischer Integrationsprojekte vermittelt bekommen.“

### Numerus Clausus für Behinderte

Im Stadtparlament wurde ebenfalls Solidarität bekundet. Gegen die Stimmen der CDU haben SPD, Grüne, BfM und PDS/ML einen Antrag verabschiedet, mit dem die Stadtverordnetenversammlung das Land Hessen auffordert, den Integrationsunterricht am Schulstandort Marburg weiterzuführen und zu garantieren. Was von der Landesregierung am grünen Tisch ausgeheckt wurde, bedeutet für Monika Wolter vom Verein „Behinderte in Gesellschaft und Beruf“ (BIGUB e.V.) „eine Verabschiedung vom Prinzip der sozialen Integration Behindertener in Hessen“. Denn wo sonst

Die PDS ist eine Partei, die explizit linke Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerpolitik vertreten möchte. Sie sieht die „neue Mitte“ nicht als ideologische oder theoretische Möglichkeit. Gerade aber die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen brauchen ein Sprachrohr. Die PDS ist keine sozialdemokratische Partei, aber sie kann linken Sozialdemokraten eine politische Heimat bieten.

### Sie fühlen sich heimatlos?

Ich habe in den vergangenen Wochen erfahren müssen, dass die solidarische Kritik innerhalb der SPD fast nichts bewirkt hat. Einige Führungskräfte der SPD verstehen nur die Machtfrage. Vielleicht wird die SPD ja wieder eine linke Volkspartei, wenn sie merkt, dass auf der Linken eine ernst zu nehmende, auch im Westen immer mehr Wählerinnen und Wähler ansprechende Partei entsteht. Ich glaube, dass die PDS in Westdeutschland sehr schnell zehn Prozent der Stimmen erreichen kann. Mit Menschen, die fortschrittliche sozialdemokratische Politik wollen. Denen möchte ich mit meinem Austritt auch ein Signal geben.

Quelle: taz, 30.9.1999

als bereits in Kindergarten und Schule könne eine bessere Grundlage für ein unbefangenes Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten gelegt werden.

Befremden löste auf einer Veranstaltung der „Lebenshilfe“ zu dieser Thematik wieder einmal die Botschaft der Marburger Unionschristin Hannelore Gottschlich aus. Die Politikerin ist immer dann zur Stelle, wenn es gilt, Ungeheuerliches mit dem vermeintlich Nützlichen zu begründen. Ihr jetziges Ansinnen, die geplante Ausgrenzung von behinderten SchülerInnen noch als deren Vorteil zu verkaufen, ging ins Leere. Warum dann die Sonderschulen, denen nunmehr verstärkt Kinder zugeführt werden, per saldo auch noch Kürzungen hinnehmen müssen, sagte sie nicht. Somit kommt es zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Lernbedingungen in diesen Einrichtungen – neben dem Wegfall des Integrationsunterrichts eine doppelte Benachteiligung für alle künftigen SonderschülerInnen. Blanker Hohn auch gegenüber betroffenen Eltern, die zudem die wichtige Entscheidung darüber, was für ihr Kind gut ist, demnächst anderen überlassen müssen.

Die IntegrationssschülerInnen der jetzigen 10. Klasse an der RGS hatten es da besser. Sie werden voraussichtlich alle ihren Hauptschulabschluss schaffen. Sibylle Hausmanns, Vorsitzende des Gesamtelternbeirats der Schule meint dazu: „Unter den jetzt zu erwartenden hessischen Bedingungen wäre dies ganz sicher nicht möglich gewesen.“

Bärbel Schwarz